

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19 vom 11. Mai 1984

18. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Offenbach:
Unternehmer-
hetz-
kampagne
führt zur
Anschlag auf
Streikposten
Seite 5

**HBV-Bundes-
frauen-
konferenz:**
Interview auf
Seite 7

**Im Kampf für
den revolu-
tionären
Sozialismus
— Auszüge
aus einer
Mairedé —
Seite 9**

Zehn Jahre danach

Vor zehn Jahren wurde das Schwerbehindertengesetz verabschiedet, eine der allerletzten größeren Reformen der SPD/FDP-Regierung. Sein Kern: Gleichbehandlung aller Arten und Ursachen von Behinderung war ein wichtiger Fortschritt.

Nicht, daß es Schluß gemacht hätte mit bürokratischer Willkür und wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Diskriminierung, aber es waren für viele eindeutig bessere Verhältnisse geschaffen als früher. Zehn Jahre danach ist wahrlich nicht viel übrig davon. Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen beispielsweise hat sich in diesem Zeitraum um das 14fache erhöht, obwohl gerade hier das Gesetz wirken sollte. Zahlreiche Errungenschaften wurden in den letzten Jahren bereits wieder gekürzt, weggelassen, behinderte Umschüler beispielsweise verloren in vielen Fällen die materielle Basis.

Mit den Festlegungen des Haushaltsbegleitgesetzes der neuen Regierung ist nun auch der Kern des Gesetzes, eben die Gleichbehandlung faktisch, wenn auch nicht ausdrücklich, wieder beseitigt worden.

Rentenklau Nr. X

Der Rentenklau geht weiter. Nachdem im letzten Jahr die Rentenerhöhung schon um ein halbes Jahr verschoben worden war, gibt es in diesem Jahr gerade mal 1,3 Prozent. Und das, so kann man leicht ausrechnen, liegt immerhin um 2 Prozent unter der genannten Preissteigerungsrate. Die Rentner zahlen also weiter drauf.

Proteste sind angesagt und berechtigt. Vielleicht wird die These, die alle Regierungen seit Schmidts gebrochenem Wahlversprechen von 1976 zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben, nämlich daß die alten Leute sich nicht wehren, die jüngeren sich nicht dafür interessieren diesmal widerlegt.

Denn in der Tat treibt die Bonner Politik gerade in diesem Bereich Menschen direkt ins Elend, gibt es Zehntausende von Rentnern, für die die Frage nicht nur heißt Abbau des Lebensstandards, sondern für die es um die nackte Existenz geht.

Persilschein für Steuerbetrüger

Als geheime Kommandosache war es vorbereitet worden: das sogenannte Amnestiegesetz für all jene, die über Spenden an CDU/CSU, FDP und SPD das Finanzamt betrogen hatten. Kohl, Strauß und Genscher waren es, die diese „Operation Persilschein“ leiteten. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren eindeutig: Blitzumfragen ergaben über 80 Prozent schärfste Ablehnung. Straßeninterviews im Rundfunk zeigten helle Empörung. Berechtigterweise. Denn die Regierung der „geistig moralischen Wende“ handelte mit der Moral von Steuerbetrüger im Geiste des Großkapitals.

All die Geißler, Dregger und Lambsdorff — und Kohl selbst — versuchten Ende vergangener Woche die Bevölkerung für dumm zu verkaufen. Es ginge ihnen darum, einfache Leute, die sich ja nicht bereichern hätten, die nicht gewußt hätten, daß sie Unrecht taten, zu entlasten — das war der Tenor ihrer Propaganda. Und davon stimmt wirklich nichts.

Es geht ja gar nicht um den stets zitierten kleinen Handwerker, der vielleicht tatsächlich ein CDU-Fanatiker sein mag. Es geht um die Millionenspenden aus der Großindustrie, die über staatsbürgerliche Vereinigungen über gesellschaftspolitische Vereine und wie diese Geldbeschaffungszentralen der großen Parteien sonst noch heißen, gelaufen sind. Und um die horrenden Steuererleichterungen, die sich diese Großkonzerne dabei noch, völlig im Gegensatz zum geltenden Gesetz, verschafften.

Im Dezember letzten Jahres wurde ein neues Parteigesetz verabschiedet, (und nur die Grünen stimmten dagegen), das nun genau diesen Spendenfluß auf Kosten der Steuer, dieses „eine Hand wäscht die andere“ zwischen Kapital und den etablierten Parteien in Bonn zugelassen hat. Das reichte offensichtlich noch nicht aus, um diesen Weg des Spendenflusses wieder voll zu aktivieren, also war eine Amnestie gefordert, wollten die Steuerbetrüger von ihrer Wunschregierung die Weste weiß gewaschen bekommen, einen Persilschein eben.

Nun wird überall betont, das habe gar nichts mit der direkten Bestechungsaffäre im Fall Flick-Lambsdorff und Co. zu tun. Hat es wirklich nicht? Wo die CDU öffentlich darüber klagt, daß die „milderen Gesetze“ (gemeint ist eben das neue Parteigesetz) die Haltung der Staatsanwälte leider nicht verändert

habe? Natürlich soll damit eine Richtung eingeschlagen werden. Nach dem alten kapitalistischen Motto: Wenn ich mal in Konflikt mit meinen eigenen Gesetzen kommen sollte, dann lasse ich sie eben ändern.

Und es hat auf verschiedene Weise sehr direkt mit Flick zu tun.

Zum einen war es in erster Linie wohl die FDP, die darauf gedrungen hat, solch ein Amnestiegesetz für ihre Hintermänner gerade jetzt und ganz schnell zu machen. Einer ihrer Politiker, Möllemann, im Laufe seiner Karriere nun schon NRW-Chef dieser Partei, rechnete laut „Spiegel“ mit der Pleite seiner Kasse zur Jahresmitte, wenn nichts geschehe. Ohne den Fiskus zu beschleichen, zahlen ihre wenigen, aber finanzkräftigen Anhänger, nicht in die Kassen der Genscheristenpartei.

Fortsetzung auf Seite 2

Urabstimmung widerlegt Unternehmerpropaganda



80,05 Prozent der stimmberechtigten Kolleginnen und Kollegen in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden haben sich in der Urabstimmung für einen Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ausgesprochen (Kommentar S. 3). In Hessen haben sich am Vortag des Beginns der Urabstimmung in diesem Tarifbezirk über 10000 Metalller an Kundgebungen der IG Metall beteiligt. Das Ergebnis der Urabstimmung in Hessen wird erst am Abend des 9. Mai — damit leider nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ — bekanntgegeben werden. Einen Tag später, am 10. Mai, wird in Frankfurt der Hauptvorstand der IG Metall zusammentreten, um über die Einleitung von Kampfmaßnahmen in diesen beiden Tarifbezirken zu beraten.

In der Druckindustrie wurden erneut zahlreiche Betriebe befristet bestreikt. Viele Tageszeitungen erschienen nicht oder nur mit Notausgaben. Es kam zu scharfen Konfrontationen mit Streikbrechern, die teilweise von der Polizei geschützt wurden (Bericht Seite 4 und 5).

Skandalöses BGH-Urteil

„Ausländer-raus“-Parole keine Volksverhetzung

Karlsruhe. — Der dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe hat jetzt ein Urteil des Landgerichtes Würzburg aufgehoben. Dieses Gericht hatte einen 30jährigen Neonazi wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Volksverhetzung zu 26 Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Der Neonazi hatte Parolen folgenden Wortlauts gemalt: „Tod dem Klerus“, „Tod Wehner und Brandt“, „Hängt Brandt“, „Juden raus“, „Ausländer raus“ und „Türken raus“.

Die Revision des Neonazis gegen das Würzburger Urteil hatte vollen Erfolg. Mal abgesehen davon, daß die Karlsruher obersten Richter dem Angeklagten strafmildernd zugute hielten, daß er erheblich besoffen gewesen sei und daß bei ihm „ein krankhaftes Ausmaß seelischer Störungen“ vorliege, haben sie vor allem neonazistische, brauner Propaganda und Hetze einen Freibrief erteilt.

Die Parole „Juden raus“ sei als einzige strafwürdig, so das Gericht, weil man aus der Geschichte Parallelen ziehen könne, das gelte aber nicht für die Parole „Türken raus“, nicht

einmal, wenn ein Hakenkreuz daneben gemalt werde. „Tod Wehner und Brandt“ sei auch eine legale Parole, weil zwar der Tod dieser Personen herbeigewünscht werde, vom Wortsinn her bleibe laut BGH aber offen, „ob der Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt werden soll“. Die Parole „Hängt Brandt“ fordere zwar verbal zu einem „strafwürdigen Verhalten“ auf, aber auch diese Parole könne von der Öffentlichkeit lediglich als unpassende Unmutsäußerung eines Außenseiters verstanden werden.

Mehr zu diesem Urteil auf Seite 6.

**Nicht nur Blumen-
Rechte fordern wir!**



Wir machen Putz in Bonn!

Muttertagsaktion in Bonn
Samstag, 12. Mai 1984
Treffpunkt: 10.00 Uhr Nordbrücke
Demonstration zur Innenstadt
Kundgebung im Hofgarten

Persilschein für Steuerbetrüger

Fortsetzung von Seite 1

Zum zweiten hat natürlich auch Flick, neben dem direkten Weg an Minister und Funktions-träger, sehr intensiv den Weg der Zahlungen an all die bestehenden dubiosen Vereinigungen beschritten. Wie auch Bosch und Daimler, Siemens und Henkel, Thyssen und Co. und wie die absoluten Spitzenreiter dieser Dunkelzimmer-Tabelle sonst noch heißen mögen.

Drittens, und das macht es am deutlichsten, war gerade der Flick-Konzern direkt an der Ausarbeitung dieses neuen Gesetzes beteiligt. Drei Beamte mußten in aller Heimlichkeit einen Entwurf erstellen. Das ach so wichtige Parlament erfuhr auch darüber bis zur letzten Stunde wie schon öfters — nichts. Die Endfassung des Entwurfs besorgten dann drei Politiker, darunter das CSU-Mitglied Reinhold Kreile. Herr Kreile aber ist im „Hauptberuf“: Aufsichtsratsvorsitzender von Flick natürlich.

Es ist also nicht nur so, daß hier die Politiker der Koalitionsparteien sich und ihren Hintermännern, ihren Geldgebern ein Gesetz zurecht gemacht haben. Nein, diese Hintermänner haben dies selbst mitgemacht, da sollte wohl gar nichts dem Zufall überlassen bleiben.

Dieselbe Regierung, dieselben Parteien, die die Rentner beklaue, die Zehntausende von Menschen bereits ins Elend getrieben haben, die sich ausschließlich um die Profite der Kapitalisten sorgt, die dazu den Schmelz größtenteils der Worte literarisch fließen läßt, sie macht nun ein ganz billiges Gaunerstück. Diese Regierung, die im

Angesicht der Millionenarbeitslosigkeit vom Aufschwung fasselt, macht so deutlich, was Geistes Kind dieser Aufschwung ist: Aufschwung haben die Chancen der Steuerhinterzieher, der Trickdiebe, der Käufer politischer Entscheidungen.



So, jetzt ist alles ganz legal!

Die Empörung darüber ist groß — natürlich gerade bei denjenigen, denen die Lohnsteuer gleich abgezogen wird, in der Regel gar zuviel, so daß sie noch was zurückbekommen — nachdem das Geld erstmal für die Staatskasse gearbeitet hat. Die CDU versucht sich zu wehren, indem sie darauf hinweist, daß ja auch die SPD für das neue Parteiengesetz gewesen sei. Was natürlich den Tatsachen entspricht. Aber keineswegs eine „Entschuldigung“ für das von dieser Regierung gedrehte Ding darstellt. Nicht zuletzt wegen den SPD-Anhängern, bzw. deren befürchteten Reaktionen

war 81 der erste Anlauf zu einem solchen Persilscheingesetz abgebrochen worden. Die Zustimmung der SPD-Fraktion im letzten Jahr zum neuen Parteiengesetz hatte erneut für einigen Unmut gesorgt und neben taktischen Überlegungen der Parteilührung sicher auch zur jetzigen Ablehnung beigetragen. Denn es ist eine Tatsache, daß es na-

es nicht. Daß er wohl sagen wollte anders ginge es schon, ist ein anderes Kapitel.

Bei solchen Ereignissen — und die häufen sich in letzter Zeit — fällt die Maskerade der „Demokratie“ recht ersichtlich von der Bonner Fassade ab. Da wird sichtbar, daß sich das Großkapital nicht nur politische Entscheidungen einkauft, wie

Hamburger Abendblatt

türlich innerhalb der SPD eine Reihe von Parteimitgliedern gibt, denen es keineswegs logisch erscheint, daß ihre Partei

Warum eigentlich?

Warum eigentlich tun Kohl und Co. das? Setzen sie sich einem doch offensichtlich absehbaren Sturm der Entrüstung aus? Nun mit einem Satz: Weil sie die Kohle brauchen, weil sie sie ansonsten nicht mehr bekommen hätten. Das ist ihnen das Risiko wert, ihre Geldgeber haben es gefordert.

auf die Spenden der Großkonzerne angewiesen sei.

Die Empörung über dieses Ding ist so groß, daß selbst die Springerpresse auf vorsichtige Distanz gehen mußte. Auch ein rechtsradikaler Einpeitscher wie „BamS“ Besser meinte, „so geht

im Fall Flick-Lambsdorff bei der damaligen SPD/FDP-Koalition. Da wird auch sichtbar, daß sich eben dieses Großkapital bei Bedarf ein entsprechendes Gesetz machen läßt. Daß Bonner Minister nur solange zum Wohle des Volkes arbeiten, solange es der reiche Teil dieses Volkes ist. Daß sie sich nicht schämen, mit solchen Komplizenschaften an die Öffentlichkeit zu gehen. Daß sie dazu bereit sind, selbst ihre eigenen „Parteifreunde“ im Bundestag übers Ohr zu hauen. Und es zeigt sich, daß bei einem solchen direkt vom Kapital verlangten raschen Sondergesetz eben auch diese Kapitalisten selbst direkt solch ein Gesetz mitverfassen.

Im Bundestag wird das Gesetz, so es trotz der Empörung verabschiedet werden sollte, bestimmt nicht als Gesetzentwurf Kohl/Flick abgestimmt werden, aber genau das ist es.

Tragen wir dazu bei, daß dieses Gesetz nicht durchkommt! Kein Persilschein für Steuerbetrüger!

Gewinne jetzt so hoch wie vor 25 Jahren der Umsatz

Drei Chemiekonzerne: Gewinn 5,8 Milliarden

5 Milliarden und 796 Millionen — das ist die Summe der von den drei Chemiekonzernen Bayer, BASF und Hoechst ausgewiesenen Gewinne vor Steuern 1983. Dies mit rund 2500 Mann weniger als im Vorjahr (nur Bayer stockte etwas auf). Die Chemieindustrie hatte dabei von vornherein gesagt, 35 Stunden usw. seien aufgrund ihrer Lage nicht drin.

Und in der Tat, sie brauchen ihr Geld für anderes. BASF erhöhte die Dividende um 4 Prozent, Bayer um 6, Hoechst um 3 Prozent. Alle bezahlten in diesem Jahr 14 Prozent bar aus (ohne Sondervergünstigungen).

Mit 354 Millionen bezahlt Bayer dabei am meisten aus, gehört zusammen mit Siemens und Daimler zu den drei Unternehmern, die die 350-Millionen-Grenze bei der Auszahlung überschreiten. Wahrscheinlich nicht viel darunter liegen die beiden anderen, Hoechst beispielsweise mit 329 Millionen. Zusammen zahlen sie über eine Milliarde aus.

Diese Gewinnzahlen von insgesamt 5,8 Milliarden entsprechen ziemlich genau dem, was vor 25 Jahren an Umsatz gemacht wurde.

Auch die restlichen Betriebe der Branche verzeichneten deutliche Gewinnzunahmen bei gleichzeitigem Rückgang der

Belegschaften in der Chemie insgesamt um 1,8 Prozent. Besonders gewinnträchtig sind dabei neben Pharmaprodukten vor allem auch Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel.

Wahrlich also eine Branche, die die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schon allein aufgrund der offiziellen Berechnungen und Angaben bezahlen könnte — und wo es angesichts des Belegschaftsabbaus auch keineswegs „unangebracht“ wäre. Aber vor dieser Auseinandersetzung wurden ja die Kassen der Konzerne vom Vorstand der IG Chemie und Hermann Rappe „bewahrt“.

Denkt man außerdem noch an die zahllosen Kleinbetriebe, die als Zulieferer und Zuarbeiter für die drei Großen fungieren, und bei denen noch wesentlich härtere Verhältnisse herrschen, dann kann man leicht ermesen, welchen Dienst Rappe hier wieder einmal seinen Kapitalisten geleistet hat.

„Seitenwahl“

Die Bundestagsdebatte am vergangenen Freitag brachte es ans Tageslicht: Entgegen allen Behauptungen steht die Regierung auf der Seite der Arbeitslosen. Sagt sie. Sagt vor allem Graf Nahmsdorch. Und deswegen ist sie gegen die 35 Stunden-Woche (ist doch logisch, oder?) Neues gab es in der Debatte nicht zu hören. Die SPD-Sprecher kritisierten die Koalition, sie unterminiere den „sozialen Frieden“ (zu einer Zeit, da die Kapitalisten ihre Kriegserklärung immer offener vor sich her tragen). Die Regierung behauptet weiterhin einfach drauf los, die 35-Stunden-Woche vernichte Arbeitsplätze, (weil die armen Kapitalisten die schon so lange am Hungertuch nagen, dann endgültig auf Sozialhilfe gehen). Neu war nur der Versuch, den Spieß umzudrehen und nun ausgerechnet den Grünen, die diese aktuelle Stunde beantragt hatten, vorzuwerfen, sie betrieben politische Einmischung ins Tarifwesen. So hatte diese Debatte eigentlich nur die Funktion, am Tag der Urabstimmung nochmals die Seitenwahl der Bonner Parteien deutlich zu machen. Und das tat sie auch. Löhne runter, Schutzvorschriften weg, Abrufbereitschaft der Belegschaften, weg auch mit dem betrieblichen „Sozialklimbim“ — diese Kapitalistenpolitik, die diese Regierung aufs I-Tüpfelchen umsetzt, das soll, wenn denn einer dieser Regierung glauben will, im Sinne der Arbeitslosen sein. Die Leute ohne Arbeit, auf deren Seite diese Regierung steht, die beziehen weder Arbeitslosengeld noch sonstwas, sondern Dividende und Tantiemen, Zins und Spekulationsgewinne. So gesehen hat der Graf auch mal die Wahrheit gesagt, auf welcher Seite sie stehen.

„Die Tränen des Karel W.“

Weinen mußte er in Seoul, der Papst. Nicht wegen der Lage dort — oder doch. Das Tränengas, mit dem Studentendemonstrationen auseinandergetrieben wurden, erreichte auch den hohen Besuch.

Ansonsten vergoß er nur Krokodilstränen. Vier Jahre nach dem Aufstand von Kwangju empfahl er der dortigen Bevölkerung die Aussöhnung. Natürlich mit eben jenem Regime, das die Erhebung mit dem US-bezahlten Militärstiefel zertreten hatte.

Im Gegensatz dazu, was in der bundesdeutschen Berichterstattung immer — andeutungsweise — behauptet wurde, fand er kein Wort der Kritik am Regime, reichte sich ein in die internationale „Aufwertungsfront“. Nach der Vergabe der Olympischen Spiele nach Seoul war dieser Papstbesuch ein weiterer entscheidender Schritt dazu, die Diktatur in Südkorea als Normalität darzustellen.

Und nicht umsonst wurde darüber so ausführlich bei uns berichtet. Denn die Geschäfte mit Südkorea, die Ausbeutung dortiger Arbeiter durch westdeutsches Kapital geht voran, entwickelt sich, da kann man nicht so viel Kritik an dortigen Zuständen gebrauchen.



„Kohl englisch“

Oft, sehr oft trifft sich dieses Pärchen. Helmut Kohl und Margaret Thatcher können's — jenseits allen Streits um Geld in der EG — offensichtlich sehr gut miteinander.

Ihr jüngstes Aufeinandertreffen hat einmal mehr deutlich gemacht, worin denn die Basis für ihr so besonders gutes Verhältnis beruht. Es ist die durchgängig gemeinsame reaktionäre Haltung, die sie zu allen Fragen haben, wo nicht ihre Interessen direkt aufeinanderprallen. Und in einer solchen Lage, da sich beide größeren Auseinandersetzungen in ihren Ländern gegenübersehen, Thatcher dem Kampf der britischen Bergarbeiter, Kohl dem Kampf der Metall- und Druckereiarbeiter um die Wochenarbeitszeitverkürzung, da wird diese gemeinsame Haltung, diesesseitliche Verständnis eben besonders deutlich. Die Arbeiter sind Schuld an allem, sie wollen weder auf Lohn noch auf Arbeitsplätze verzichten, darin erkennen beide die Wurzel des Übels. Zu wünschen bleibt da nur, daß sie auch beide gemeinsam in des Teufels Küche geraten mit ihrer Politik.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Im Wortlaut:

Mit Freiheits- oder Geldstrafe...

Der Amnestie-Gesetzesentwurf der Bonner Koalitionsparteien, durch den Steuerhinterziehungen zugunsten politischer Parteien für straflos erklärt werden sollen, ist von den Fraktionsspitzen ganz unscheinbar als „Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes...“ (Bundestags-Drucksache 10/1189) vorgelegt worden. Die vorgeschlagene Änderung, die jetzt so viel Wirbel ausgelöst hat, lautet folgendermaßen:

Regelung steuerlicher Zweifelsfragen bei der Parteienfinanzierung.

1. Verfahren wegen einer vor dem 1. Januar 1984 begangenen Steuerstraftat nach Paragraph 370 AO oder einer Steuerordnungswidrigkeit nach Paragraph 378 AO werden eingestellt, wenn die Tat Zuwendungen an politische Parteien oder zugunsten von politischen Parteien zum Gegenstand hat. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet.

2. Strafen und Geldbußen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig verhängt sind, werden erlassen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind. Die Straffreiheit erstreckt sich auf die Kosten und die Nebenfolgen im Sinne des Paragraphen 375 AO.

3. Für Zuwendungen an politische Parteien oder zugunsten von politischen Parteien, die geleistet und als steuerlich abzugsfähig geltend gemacht worden sind, sind die darauf

Die für die hier in Betracht kommenden, bisher strafbaren Vergehen wichtigsten Bestimmungen der genannten Paragraphen aus der Abgaben-Ordnung (AO) haben folgenden Wortlaut:

§ 370 Steuerhinterziehung

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. den Finanzbehörden oder anderen Behörden über steuerlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

2. die Finanzbehörden pflichtwidrig über steuerlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis läßt...

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. aus großem Eigennut in großem Ausmaß Steuern verkürzt oder nicht gerechtfertigte Steuervorteile erlangt,

2. seine Befugnisse oder seine Stelle als Amtsträger mißbraucht,

3. die Mithilfe eines Amtsträgers ausnutzt, der seine Befugnisse oder seine Stellung mißbraucht, oder

entfallenden Steuern nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften nachzuentsrichten.

4. Sind durch ein und dieselbe Handlung Gesetzesverletzungen, für die Straffreiheit gewährt wird, und andere Gesetzesverletzungen begangen, so erstreckt sich auf die anderen die Straffreiheit nicht. Enthält eine Gesamtstrafe Einzelstrafen wegen Straftaten, für die Straffreiheit gewährt wird, und andere Einzelstrafen, so ist die Strafe neu festzusetzen.

5. Eintragungen über Verurteilungen nach Nr. 2 im Bundeszentralregister sind zu tilgen.

6. (1) Über die Einstellung entscheidet die Staatsanwaltschaft, solange das Verfahren nicht gerichtlich anhängig ist. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet das Gericht, das für das Hauptverfahren zuständig wäre; gegen den Beschluß ist sofortige Beschwerde zulässig.

4. unter Verwendung nachgemachter oder verfälschter Belege fortgesetzt Steuern verkürzt oder nicht gerechtfertigte Steuervorteile erlangt...

§ 378 Leichtfertige Steuerverkürzung

(1) Ordnungswidrig handelt, wer als Steuerpflichtiger oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen eine der in § 370 Abs. 1 bezeichneten Taten leichtfertig begeht...

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden...

§ 375 Nebenfolgen

(1) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen 1. Steuerhinterziehung...

4. Begünstigung einer Person, die eine Tat nach den Nummern 1 bis 3 begangen hat,

kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2 des Strafgesetzbuches)...

Die hier wiedergegebene Dokumentation ist der „Frankfurter Rundschau“ vom 7. Mai entnommen.

Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden:

Unternehmerstrategie ist gescheitert

Die Metaller Nordwürttembergs/Nordbadens haben sich eindeutig für Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgesprochen. Die Unternehmer, die viel, sehr viel Geld für Umfragen ausgegeben haben, die belegen sollten, daß eine Mehrheit der Arbeiter und Angestellten

Da spricht Dietrich Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, von einem „nicht berauschenden Ergebnis“. Was heißt „nicht berauschend“? Nachdem die Unternehmer sich mit ihren eigenen Umfrageergebnissen besoffen gemacht haben, sollte eine Streikmehrheit von über 80 Prozent eigentlich doch zu ihrer Ernüchterung beitragen. Vielleicht würde es helfen, wenn sie sich einmal die absoluten Zahlen anschauen würden. Von 251 285 betroffenen Mitgliedern der IG Metall nahmen 241 128 an der Urabstimmung teil. Das sind über 95 Prozent. Davon stimmten 201 157 Kolleginnen und Kollegen für Streik, ganze 40 097 dagegen.

Kirchner ist dreist genug, angesichts solcher eindeutigen Mehrheitsverhältnisse den Vorwurf der Manipulation zu erheben: die Wahlen würden teilweise offen unter den Augen der Vertrauensleute abgehalten. Mal abgesehen davon, daß jeder Kollege die Möglichkeit hat, sein Kreuz verdeckt zu machen. Tatsächlich gibt es bei jeder Urabstimmung Einschränkungen der Demokratie dadurch, daß versucht wird, die Belegschaften einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. Wer hat die Möglichkeit, auf die Arbeiter und Angestellten Druck auszuüben, sie einzuschüchtern? Oder nicht vielleicht doch die Kapitalisten, die Bonner Rechtsregierung, die bürgerliche Millionenspreche, die jeder für sich und alle zusammen keine Gelegenheit auslassen, um tagtäglich Angst machen zu betreiben, hysterische Stimmungen wegen der angeblichen Folgen eines Streiks für die

Arbeitsplätze zu schüren.

Und worin sieht Kirchner die Hauptmanipulation? Darin, daß „die Arbeitnehmer im Grunde genommen nicht über die Forderungen der Gewerkschaften abstimmen, sondern über deren drängenden Appell „Laßt uns nicht im Stich“. Kirchner behauptet also allen Ernstes, über 200 000 Kolleginnen und Kollegen hätten für Streik gestimmt, obwohl sie die Forderung ablehnen. Eine reichlich abenteuerlich anmutende Spekulation. Davon abgesehen: bei jeder Urabstimmung

einen Streik für die 35-Stunden-Woche ablehnt, machen mit ihrer Reaktion auf das Urabstimmungsergebnis deutlich, daß die Respektierung demokratischer Abstimmungen schwer fällt, wenn man daran gewöhnt ist, nach dem Prinzip „Geld ist Macht“ zu handeln.

und bei jedem Streik geht es stets auch darum, die Einheit und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft zu beweisen, dem Klassengegner seine Bestrebungen zur Schwächung und Zersetzung der Gewerkschaften nicht auch noch zu erleichtern.

In anderen Unternehmerverlautbarungen wird vorgezeichnet, daß die 201 157 Stimmen für den Streik nur 40 Prozent der in der nordwürttembergischen Metallindustrie Beschäftigten ausmachen. Da hätten die Unternehmer also wieder die Mehrheit auf ihrer Seite,

wenn sie auch nicht mehr ganz so komfortabel ist wie in ihren Umfragen. Die Schlußfolgerung ist klar: die Urabstimmung hätte mit 100 Prozent für Streik ausgehen können, trotzdem wäre ein Streik nach dieser Unternehmerlesart eine Vergewaltigung der unorganisierten Mehrheit.

In Wirklichkeit wissen die Unternehmer seit dieser Urabstimmung sehr genau: ihre Kampagne zur Verunsicherung der Basis ist gescheitert. Die Arbeiter und Angestellten sind kampfbereit.

Ruhrbergbau

3,4 Prozent mehr Lohn

3,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab 1. Mai wurden schon in der zweiten Verhandlungsrunde für die 134 000 Beschäftigten des Ruhrbergbaus vereinbart. Die IG Bergbau und Energie hatte keine konkrete Lohnforderung aufgestellt, sondern „mindestens den Ausgleich der Kaufkraftverluste“ gefordert.

Das „Handelsblatt“, das im gleichen Artikel über zahlreiche Streiks in der Druckindustrie und den Beginn der Urabstimmung in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbadens Berichten mußte, zeigte sich von einem derart problemlosen Funktionieren der Sozialpartnerschaft angetan: „Beide Tarifparteien erklärten, mit dem Abschluß werde diese Forderung (Ausgleich der Kaufkraftverluste — RM) und die Lage des Steinkohlebergbaus berücksichtigt. Fragen der Arbeitszeitverkürzung wurden nicht behandelt.“

Berücksichtigt es wirklich

die Lage im Steinkohlebergbau, wenn Fragen der Arbeitszeitverkürzung nicht behandelt wurden? Unlangst hat die IGBE-Führung einem Konzept zugestimmt, das die Vernichtung von weiteren 14 000 Arbeitsplätzen vorsieht. Daß das Zechensterben weitergehen soll, pfeifen in den Zechensiedlungen die Spatzen von den Dächern. Wenn es denn schon das Hauptanliegen von Schmidt, Niggemeier und Konsorten ist, die Lage des Steinkohlebergbaus zu berücksichtigen, dann hätte eben unbedingt die Frage der Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen,

damit möglichst viele Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau erhalten bleiben.

Andererseits: wenn nun die IGBE-Führung den Zechenherren schon den Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung auf dem Silbertablett serviert, wenn sie, um das den Kumpels zu verkaufen, vor Verhandlungsbeginn tönt, der Lohn habe Vorrang, hätte sie ja nun wenigstens eine anständige Lohnforderung aufstellen können. Die 3,4 Prozent stellen zwar auf die gegenwärtige offizielle Teuerungsrate bezogen statistisch einen Ausgleich dar, die Steigerung der Lebenshaltungskosten der Kumpels gleichen sie keineswegs aus. Von den massiven Reallohnverlusten der letzten Jahre ganz zu schweigen.

Wie viele Unternehmer in der letzten Zeit hat sich auch der SEL-Vorstandsvorsitzende Helmut Lohr in einem Brief persönlich an die „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ gewandt, um sie gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufzuheizen (siehe Faksimile). Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von SEL, Manfred Glöck, antwortet darauf in einem Brief an die Belegschaft, den wir hier leicht gekürzt abdrucken:

„Die Rückseite ist leer“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich habe einen Brief bekommen? Ich auch! Herr Dr. Lohr hat geschrieben. Ich habe mich gefreut! Es ist das erste Mal, daß sich unser Vorstandsvorsitzender erinnert, daß es auch eine Arbeitszeit gibt. Er schreibt an uns und unsere Familien, weil er unsere Hilfe brauche. Ich darf mir erlauben, wörtlich aus seinem Brief zu zitieren:

„Wer kann heute behaupten, daß er keine Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz hätte?“

Wir alle, Herr Dr. Lohr, haben Sorge um die Arbeitsplätze in unseren Unternehmen. Und nun braucht der Vorstand unsere Hilfe?

10 000 Beschäftigte weniger — wieviele familiäre Schicksale! Doch der Umsatz hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Lassen wir die Vergangenheit! Denken wir nur an die letzten Wochen und Tage.

Da waren im Januar und März 1984 die Werksschließungen in Nürnberg und Dortmund. Da waren Massenentlassungen in Werken und Geschäftsstellen. Wir haben mit dem Vorstand verhandelt. Wir hatten Tränen in den Augen und die Fäuste nur in der Hosentasche geballt. Wir haben Herrn Dr. Lohr und die Herren des Vorstandes um Hilfe angefleht, weil wir wissen, was es heißt, arbeitslos zu sein, weil wir unseren Kolleginnen und Kollegen helfen wollen.

Oh, nein. Wir haben keine Hilfe vom SEL-Vorstand bekommen. Eiskalt sind wir abgeblitzt. Deshalb brauchen wir eine starke Rücken- deckung durch unsere Gewerkschaft. Unsere IG Metall.

Die SEL muß sparen. Der Brief von Dr. Lohr kostet die SEL mit 30 000 „liebe Mitarbeiter“ 50 000 Mark. Die Rückseite ist leer! Dort hätte Herr Dr. Lohr darüber berichten können, daß mit der Einführung der Mikroelektronik in diesem Jahr noch Hunderte von Kündigungen in den Werken geplant sind. Dort hätte man berichten können, wie die Situation in den Montagfabriken ist und wie weiterer Personalabbau verhindert werden kann.

Ach, hätte Herr Dr. Lohr doch nur einen Satz über die geplanten Projekte der Bürokratisierung geschrieben. Er hat es nicht! Weil er genau weiß, wieviele Angestelltenarbeitsplätze von kommenden Kündigungen betroffen sind. Die Rückseite war leer. Schade! Es gibt doch keine Arbeitswelt für den Vorstand.

Ich kann nicht voraussagen, wieviele Arbeitsplätze eine Arbeitszeitverkürzung in der SEL zusätzlich bringt. Einige oder viele? Aber über eines bin ich sicher, daß eine Arbeitszeitverkürzung eine große Anzahl von bereits geplanten Kündigungen verhindern wird.

Vielleicht ist Ihrer dabei? oder nicht! Dann zeigen Sie einmal Solidarität! Laßt uns doch einmal einig sein. Es gibt kein wir da drinnen — und die da draußen. Denn die da draußen sind, würden gerne auch in der Zukunft mit uns zusammen einen Arbeitsplatz in der SEL haben.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine Möglichkeit zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze. Herr Dr. Lohr will unsere Hilfe zur Vernichtung unserer Ar-

beitsplätze, unsere Hilfe für höhere Gewinne an unseren Hauptaktionär in New York. Wir wollen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in der SEL beitragen.

Deshalb brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung.

Deshalb brauchen wir eine Möglichkeit zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze. (...)

Darüber sollten Sie mit Ihren Familien diskutieren. Nicht über den Brief von Dr. Lohr.

Sicher haben Sie und Ihre Familien nach reiflicher Überlegung Verständnis dafür, wenn in der Urabstimmung für eine Arbeitszeitverkürzung gestimmt wird. (...) Mit freundlichen Grüßen Ihr Kollege (gez.) Manfred Glöck

DR. HELMUT LOHR
VORSTANDSVORSITZENDER DER SEL
STANDORTSLEITER LÖHRENBACH

im April 1984

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Ich schreibe Ihnen und Ihren Familien heute, weil ich Ihre Hilfe brauche.

Wir sind aufeinander angewiesen. SEL kann ohne Ihre Arbeit keine Produkte entwickeln, herstellen oder verkaufen. Mit hohen Anstrengungen haben wir gemeinsam anspruchsvolle und leistungsfähige Produkte und Systeme geschaffen. Jeden Monat geben wir 140 Millionen DM an Löhnen und Gehältern aus, die wir durch den Verkauf unserer Produkte verdienen müssen.

Jetzt verlangt die IG Metall, daß wir den gleichen Lohn, den wir bisher für 40 Arbeitsstunden bezahlt haben, für 35 Stunden zahlen sollen. Das können wir nicht verdienen, ohne die Preise für unsere Produkte zu erhöhen, und darüber freut sich die Konkurrenz. Wie Sie wissen, verkaufen wir ungefähr ein Drittel unserer Produktion ins Ausland; Firmen aus anderen Ländern wiederum drängen auch auf den deutschen Markt. In unserem Land und im Ausland stehen wir im Wettbewerb mit Firmen, deren Lohnniveau schon jetzt niedriger ist als unseres. Mit jeder Preiserhöhung aber verlieren wir zusätzlich Verkaufschancen gegenüber der Konkurrenz.

Tausende von Firmen sind in Schwierigkeiten geraten und müßten Konkurs anmelden, weil sie sich nicht mehr gegen die internationale Konkurrenz durchsetzen konnten. Hunderttausende von Arbeitsplätzen gingen so verloren. Wer kann heute behaupten, daß er keine Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz hätte?

Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, werden bei einer möglichen Urabstimmung darüber zu entscheiden haben, ob durch einen Arbeitskampf eine verkürzte Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich erzwungen werden soll und so auch bei uns Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet werden.

Mit diesem Brief bitte ich Sie, an aller Ruhe über diese Zusammenhänge nachzudenken und sich nicht von falschen Behauptungen irreführen zu lassen. Ihre eigene, unsere gemeinsame Zukunft sollte Ihnen diese Mühe wert sein.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Lohr

HELLMUTH-HOFMEIER STR. 40 • D-7000 STUTTGART 40 • TELEFON (0714) 91 20 00 • TELEFAX 91 20 05

Solidarität mit Hermann Gaßmann

Bereits in der letzten Woche haben wir im „Roten Morgen“ über die Bestrebungen der Frankfurter IGM-Zentrale berichtet, den zu Unrecht wegen Spionage verurteilten Jugend- und Bildungssekretär der Verwaltungsgastelle Hamburg nach seiner Haftentlassung nicht mehr weiterzubeschäftigen. Jetzt erreichen uns folgender Solidaritätsaufruf zahlreicher Hamburger Gewerkschafter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 10. Mai 1984 beabsichtigt der Vorstand der IG Metall, die Entlassung unseres Jugend- und Bildungssekretärs Hermann Gaßmann zu beschließen.

Hermann wurde aufgrund des § 99 StGB (siehe Anhang) zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und Aberkennung seiner bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, obwohl keinerlei Beweise vorliegen. Wegen des breiten Protestes vieler Kolleginnen und Kollegen aus Hamburger Betrieben wurde Hermann nun begnadigt und wird am 11. Mai 1984 aus der Haft entlassen.

Der Gewerkschaftstag 1983 hat mit großer Mehrheit den § 99 verurteilt.

Die Hamburger IG-Metall-Ortsverwaltung als zuständiger Arbeitgeber hat in einer Sitzung beschlossen, Hermann nach der Haft weiterzubeschäftigen und ihm jede Solidarität zukommen zu lassen.

Das soll jetzt alles nicht mehr sein?!

Der Vorstand hat Hermann angeboten, entweder zu einem gemein-

wirtschaftlichen Unternehmen (z. B. Neue Heimat) zu gehen oder eine Vorruhestandsregelung zu akzeptieren, ihn aber auf keinen Fall als Funktionär der IG Metall weiterzubeschäftigen.

Wir wollen Hermann als Jugend- und Bildungssekretär behalten!

Unter anderen haben sich 103 VK- und BR-Vorsitzende für die beiliegende Resolution ausgesprochen, bzw. sie unterschrieben.

Wir fordern euch auf, unseren Kollegen Hermann Gaßmann und uns zu unterstützen, indem ihr euch dazu bis zur Vorstandssitzung am 10. 5. 1984 gegenüber dem Vorstand in Frankfurt telefonisch oder schriftlich äußert. (Kopie an OV/HH).

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Brettschneider (BR-Vors. Orthmann und Herbst), Nils Hansen (BR IBM), Holger Mahler (BR-Vors. HDW), Adolf Wiesner (BR-Vors. Jungheinrich), Günther Lütje (BR-Vors. SEL), Werner Reintke (VKL MAN), Nils Burkhardt (Vors. des OJA), Birgit Martius (JV HDW) und viele andere mehr...

Über 100 Ausschlußverfahren bei der IGM bei Ford in Köln

Während sich die gesamte IGM auf den Streik für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich vorbereitet, wird bei Ford in Köln-Niehl der Kampf gegen gewerkschaftliche Kritik an der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit der Betriebsratsmehrheit auf eigenen Listen zur Betriebsratswahl 1984 kandidiert haben.

Über 100 Ausschlußverfahren schweben bei Ford in Köln-Niehl/Deutz, die „Funktionäre“ unter ihnen wurden sogar mit dem „Ruhe ihrer Rechte und Pflichten“ belegt, d. h., sie dürften bei einer Urabstimmung nicht mitstimmen und würden im Falle von Streik oder Aussperung auch keine Streikgelder beziehen.

Was hat zu den oppositionellen Listen geführt?

Im wesentlichen handelt es sich um die Politik der ewigen Zugeständnisse an die Geschäftsleitung, die Sozialpartnerschaftspolitik, die die Mehrheit des Betriebsrates und VK-Leiter Kuckelkorn betreiben. Hier einige Beispiele:

1. Als 1980 6 700 Arbeitsplätze über Abfindungsverträge vernichtet wurden und von einigen Kollegen Kritik wegen Untätigkeit von Betriebsrat und Vertrauenskörper kam, argumentierte Kuckelkorn juristisch: Die Abfindungsverträge seien „Privatsache“ zwischen der Geschäftsleitung und den einzelnen Kollegen. Währenddessen konnte man in einigen Betriebsratsbüros Zettel finden mit der Überschrift: „Folgende Kölner Betriebe stellen Arbeiter ein...“ Eine offene Unterstützung der Politik der Geschäftsleitung in den Betriebsratsbüros! (...)

4. Die Wahlpropaganda der offiziellen IGM-Liste reichte zwar von „Sozialpolitik“ reinsten Wassers („unser Motorenwerk“) bis zur Hetze gegen englische Ford-Kollegen. (Sie seien selber schuld, wenn in Dagenham die Gießerei dichtgemacht werden, denn die Gewerkschaft habe dort ja dafür gesorgt, daß die Gießerei nur zu 70 Prozent ausgelastet sei. So einfach ist es, den gewerkschaftlichen Kampf als schädlich darzustellen. Da kommt einem ja das Unternehmerargument, die 35-Stunden-Woche sei in Wirklichkeit nachteilig für die Kollegen, bekannt vor).

Auch falsche Darstellungen und vom gewerkschaftlichen Standpunkt äußerst fragwürdige waren dort zu lesen. („Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sorgten dafür, daß in Portugal kein neues Ford-Werk gebaut wird.“) Nur an eines reichte die Wahlpropaganda der offiziellen IGM-Listen nicht heran: An das Thema 35-Stunden-Woche. Dieses Thema wurde geflüstert unter den Teppich gekehrt.

In 28 DIN-A4-Seiten-Infos des IGM-Vertrauenskörpers kommt das Wort 35-Stunden-Woche nicht einmal vor!

Eine der mit Ausschlußverfahren belegten Listen (Metallerliste) war die einzige, die Propaganda für die 35-Stunden-Woche gemacht hat. (In dem Ausschlußverfahren wird ihr u. a. der makabre Vorwurf gemacht, „Embleme“ der IG Metall verwendet zu haben; dabei handelt es sich um das Symbol 35 mit der Sonne).

Die Propaganda für diese zentrale Forderung der IG Metall hat den Kollegen dieser Liste freilich nicht geschadet. Sie erhielt 2 Mandate (1981: 1) und erhöhte besonders in der Halle, in der sie durch einen Betriebsrat vertreten war, ihre Stimmen von 215 auf 525 (von 6,8 auf 17,8 Prozent), während gleichzeitig die offizielle IGM-Liste über 200 Stimmen verlor und von 46 auf 38,9 Prozent sackte.

Es paßt haargenau in die Politik der Betriebsratsmehrheit, diesem Betriebsrat der „Metallerliste“ im neuen Betriebsrat die Freistellung zu entziehen.

Auch bei dem Warnstreik bei Ford, bei dem der Kollege Kuckelkorn die Einleitungs- und Schlußworte sprach, konnte er es vermeiden, das Wort 35-Stunden-Woche in den Mund zu nehmen. Er sprach dezent von „unserer Forderung“.

Bei all dem sollte man sich überlegen, wem man „gewerkschaftsschädliches Verhalten“ vorwerfen muß, den betroffenen Kollegen oder den Intendanten dieses Dramas.

Liebe Kollegen!

Wir bitten Euch, die ausgeschlossenen Kollegen zu unterstützen und alle euch verfügbaren Hebel in Bewegung zu setzen, mit denen dieser Macht- und Unterdrückungspolitik in der IG Metall an unserem Betrieb entgegen gewirkt werden kann, denn hiermit wird eine Gewerkschaftsliste mit Gewalt durchgesetzt, die die Gewerkschaftsbewegung letztlich in die Knie zwingen würde, wenn es nicht gelingt, ihr Einhalt zu gebieten.

Bohrende Fragen an den IGM-Vorstand oder an die Ortsverwaltung Köln (Hans-Böckler-Platz 1, 5000 Köln 1), die Situation bei Ford betreffend, könnten uns schon helfen.

Im Interesse einer offensiven und kämpferischen Gewerkschaftspolitik danken wir euch im voraus für die Unterstützung.

Monika Wulff, Kalk-Mühlheimer-Str. 104, 5000 Köln 80. Dieser Solidaritätsaufruf wurde von uns aus Platzgründen an den gekennzeichneten Stellen gekürzt. Gegen einen Freiumschlag kann man bei Monika Wulff eine kleine Dokumentation erhalten.

„Habt ihr noch keine MPs für die Ratten da draußen!“

Manager fährt Streikposten nieder

2000 protestieren am nächsten Tag vor der Offenbacher Post

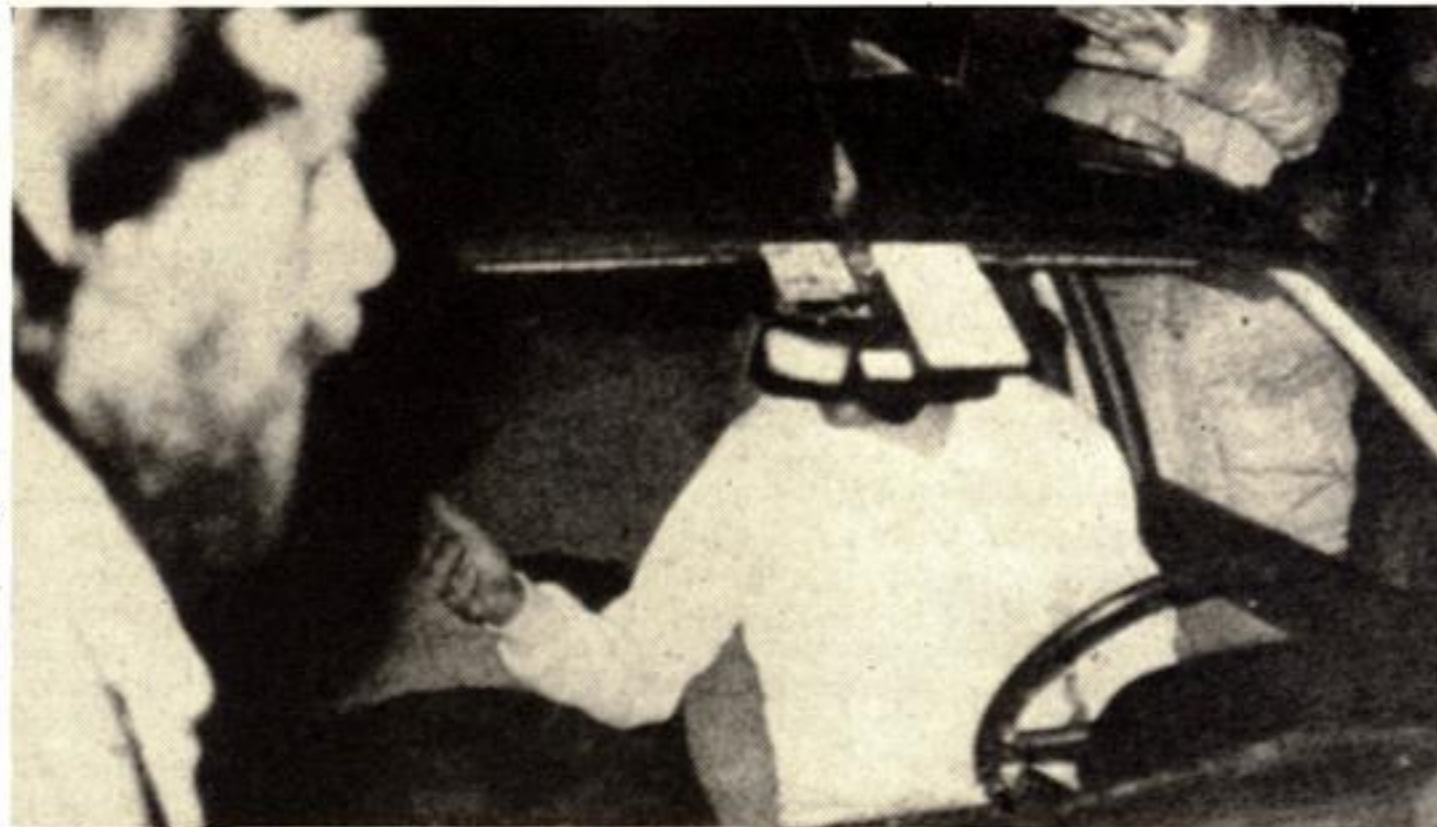
OFFENBACH. — In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag auf dem Gelände der Offenbacher Post. Ca. 40 bis 50 Kollegen und Kolleginnen stehen Streikposten. Plötzlich rast ein Peugeot-Kombi auf sie zu. Kollegen werden vom Auto erfaßt, auf den Boden gerissen und mitgeschleift. Nur durch zwei quer-gestellte PKWs kann der Peugeot gestoppt werden. 10 Kolleginnen und Kollegen werden verletzt und müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden, darunter die Betriebsratsvorsitzende der Offenbacher Post, ein weiteres Betriebsratsmitglied und der örtliche IGM-Sekretär. Der Fahrer des Peugeot: der Manager Schellenbach von der Speditionsfirma Simag.

Die örtliche Gewerkschaft reagiert sofort. Der DGB ruft zu einer Demonstration und Solidaritätskundgebung vor der Offenbacher Post auf. Ungefähr 500 sind es, die sich um 17.00 Uhr vor dem örtlichen Gewerkschaftshaus versammeln. Immer mehr schließen sich dem Demonstrationszug durch die Offenbacher Innenstadt an. Vor der Offenbacher Post schließlich sind es fast 2000. Die meisten kommen direkt von der Arbeit. Was genau passiert ist, wissen die wenigsten. Eine eigentümliche, erwartungsvolle Span-

nung herrscht auf dem Platz vor der Offenbacher Post, die vorsichtshalber mit spanischen Reitern abgesperrt ist.

Es sprechen Vertreter der Gewerkschaft, die nachts dabei waren. Folgendes war geschehen: die Kolleginnen und Kollegen der Offenbacher Post waren zum Streik aufgerufen worden. Über 83 Prozent der Belegschaft hatten sich in der Urabstimmung dafür ausgesprochen. Am Donnerstag sollte die Offenbacher Post nicht erscheinen. Die Verlagsleitung der Offenbacher Post versuchte, den Druck und

die Auslieferung einer Notausgabe der Offenbacher Post mit der Streikleitung auszuhandeln. Die lehnte das als Streikbruch ab, genehmigte aber Druck und Auslieferung des betriebsfremden Produkts „Kicker“. Aber die Herren der Verlagsleitung gaben sich nicht zufrieden. Nachdem sie in Verhandlungen mit der Streikleitung nichts erreicht hatten, holten sie die Polizei. Notfalls sollte die Auslieferung der Offenbacher Post eben mit Gewalt durchgesetzt werden. Der Offenbacher Polizeipräsident Löwe erklärte allerdings nach einem Gespräch mit der Streikleitung, daß er einen Einsatz der Polizei ablehne. Eine Haltung, mit der er sich den Zorn sämtlicher Herren der Offenbacher Post zugezogen hat. Sie versuchen ihn jetzt für das, was anschließend auf dem Gelände der Offenbacher Post geschah, verantwortlich zu machen. Denn — so die Verlagsleitung — hätte die Polizei die



Der Amokfahrer

Streikposten vertrieben, dann hätte auch nichts passieren können...

Nachdem sich die Aufregung über den Versuch der Verlagsleitung, Polizei gegen die Streikenden einzusetzen, gerade wieder etwas gelegt hatte, erschien der Spediteur Schellenbach, um den „Kicker“ abzuholen. Bereits auf dem Betriebsgelände hörte man ihn rufen: „Habt ihr noch keine MPs für die Ratten da draußen.“ Nachdem er sein Auto mit Zeitschriften beladen hatte und die Streikleitung am Tor die Auslieferung freigegeben hatte, schrie Schellenbach die Streikposten, die gerade dabei waren, für ihn eine Durchfahrgasse zu bilden, an: „Ich fahr euch alle um.“ Dann gab er Vollgas und fuhr in die Menge.

Die Polizei nahm den Vorfall übrigens zunächst als Unfall auf, weil Schellenbach erklärt hatte, ihm sei der Fuß von der Bremse gerutscht. Erst, nachdem die Betroffenen und die Streikleitung Strafanzeige erstatteten, griff die Kriminalpolizei ein.

Der Täter war übrigens, wie ein Kundgebungsredner berichtete, am Donnerstag im Krankenhaus erschienen. „Aber“, so der Redner weiter, „von solchen Leuten nehmen wir keine Entschuldigung an. Mit solchen Leuten reden wir überhaupt nicht.“ Großer Beifall zeigte, daß die Kundgebungsteilnehmer genau der gleichen Meinung waren. Die Empörung steigerte

Viele Kollegen, vor allem die Bauerleute (bei denen ist an Streiktagen der Betrieb wirklich dicht!) wollten weitergehen, sich nicht der „Staatsmacht, die die Interessen des Kapitals durchsetzt“ (Originalton eines DruPa-Funktionärs) so einfach beugen.

Der Bezirkssekretär erklärte uns den Rückzug damit, daß man sich auf eine lange Auseinandersetzung einstelle und nicht gleich am Anfang alles Pulver verschießen wolle. Für den Fall, daß die Unternehmer aussperren, wolle man mit Betriebsbesetzungen antworten. Massenhaft Anzeigen wegen Nötigung etc. zu so einem frühen Zeitpunkt würden die eh nicht besonders hohe Moral der „Stadtanzeiger“-Kollegen nicht gerade steigern.

Von schlechter Moral war am nächsten Abend jedenfalls nichts zu spüren: Die Tore wurden mit Fahrradketten verschlossen, ein Müllcontainer vors Haupttor geschoben und die Straße mit einem Bauzaun dichtgemacht. In den Diskussionen am Tor wurden immer mehr Stimmen von Kollegen laut, die verlangten, auch tagsüber konsequenter vorzugehen. Der Polizei gelang es schließlich durch geschicktes Taktieren, auch diese Nachtausgabe durchzulassen.

sich, als weiter berichtet wurde, daß Schellenbach gleich einige Reporter der „Bild“-Zeitung mitgebracht hatte. Zwischenruf einer Kollegin: „Die sollen lieber streiken!“

Die Redner der Gewerkschaft stellen in ihren Beiträgen eindeutig klar, daß es bei dem, was nachts auf dem Gelände der Offenbacher Post geschehen war, nicht nur um die Tat eines einzelnen Fanatikers gegangen ist. Einer sagte: „Heute nach ist Gewalt gegen Gewerkschafter verübt worden. Und solche Gewalttaten können sich wiederholen.“ Warum? Weil dieser Anschlag auf die Streikposten bei der Offenbacher Post seinen politischen Hintergrund hat — in der Verteufelung der Kampfaktionen der Drucker durch die Unternehmer, durch Regierungsmitglieder, durch die Medien. Da hilft es auch nichts, wenn der Zeitungsverlegerverband sich jetzt, wo es „passiert“ ist, von „jeglicher Gewaltausübung“ distanzieren und glaubt, seine weiße Weste damit beweisen zu können, indem er darauf pocht, daß der Manager Schellenbach ja schließlich kein Mitglied des Zeitungsverlegerverbandes sei.

Eine der Parolen, mit denen die Zeitungsverleger und insbesondere Springer „Bild“ Stimmung machen gegen die Drucker und Metaller ist die von den „betriebsfremden Rollkommandos“. Womit nichts anderes gemeint ist, als die aktive Unterstützung anderer Gewerkschafter für die streikenden Drucker, so wie sie in Offenbach durch den ebenfalls verletzten IGM-Sekretär ausgeübt worden war. Als einer der Redner sagt: „Heute nacht bei der Offenbacher Post gab es keine betriebsfrem-

den Rollkommandos. Das ist eine Lüge. Was es da gab, war praktische Solidarität unter Gewerkschaftern, unter Arbeitern“, gibt es großen Beifall.

Daß Solidarität unter Arbeitern und Gewerkschaftern heute kein leeres Wort ist, dafür steht auch diese Demonstration und diese Kundgebung vor der Offenbacher Post. Alle, die da sind, empfinden das besonders stark, als einer der Kollegen, der in der Nacht ebenfalls dabei war, in wenigen, einfachen Worten ausdrückt, was er denkt. Er sagt: „Ich habe heute nacht Angst gespürt. Aber ausgeglichen wird diese Angst dadurch, daß ich euch heute hier alle sehe, durch eure Solidarität.“

Die Kolleginnen und Kollegen in Offenbach haben gesehen, wie ernst es den Unternehmen mit ihrem Kampf gegen die 35-Stunden-Woche ist. Sie haben, zum Teil körperlich erfahren, daß die Unternehmer auch vor nackter Gewalt nicht zurückschrecken, um ihre Interessen gegen diejenigen der Arbeiter, der Gewerkschaften durchzusetzen. Der Schock darüber stand manchem Kundgebungsteilnehmer im Gesicht geschrieben. Aber die Kolleginnen und Kollegen in Offenbach haben auch erfahren, daß Gegenwehr möglich ist. Durch solidarisches Zusammenstehen. Und deshalb fühlten sie sich trotz der vorhergegangenen Nacht nicht ängstlich oder unsicher angesichts dessen, was im Laufe der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche noch auf sie zukommen könnte, sondern stark. Als einer der Redner sagte: „Wir werden weiterkämpfen und dabei auch vor der Gewalt der Unternehmer nicht weichen“, drückte er aus, was alle dachten.

Druckerstreik in Köln

Auslieferung von Notausgaben mehrfach behindert

In den letzten zwei Wochen wurde der Betrieb des Vorsitzenden des Bundesverbands der Zeitungsverleger Alfred Neven Du Mont insgesamt dreimal bestreikt. An allen drei Tagen stellten leitende Angestellte und einige wenige (Un)-Kollegen Notausgaben des „Stadtanzeigers“ und des „Express“ her, deren Auslieferung erst durch massive Polizeiaufgebote nach mehrstündigen Blockaden der Tore durch Streikposten durchgesetzt werden konnten.

der Presse war später von einer Schreckschußpistole die Rede, die ja noch nicht mal benutzt worden sei... Kollegen, die den Vorfall miterlebt haben, sind sicher, daß es eine scharfe Waffe war.

Der Vorfall stärkte die Ent-

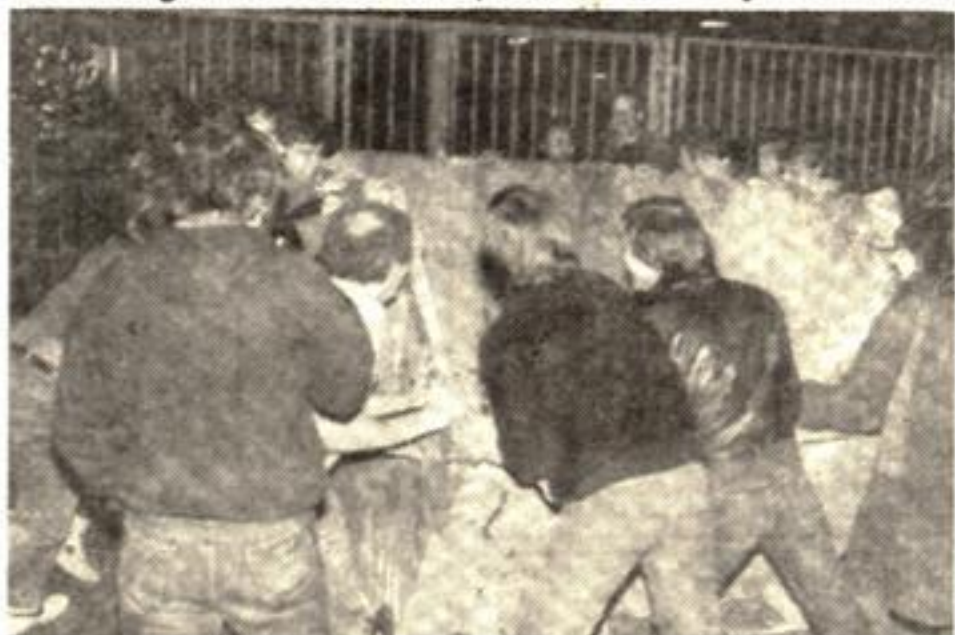


Gleich am ersten Streiktag kam es zu einem Zwischenfall: Den ganzen Tag über hatten die Streikposten, offenbar auf Anordnung der örtlichen Streikleitung der Drupa, Lieferanten in den Betrieb fahren lassen. Endlich wurden gegen 19 Uhr die Tore ganz dichtgemacht — in beiden Richtungen. Über 300 Streikposten blockierten alle drei Tore; ca. 100 bis 150 Drucker des „Stadtanzeigers“, verstärkt von den Kollegen von Bauerdruck („Bunte“, „Bravo“ etc.) und zahlreichen Kollegen aus nahezu allen anderen Gewerkschaften. Am Haupttor gab einer der wartenden Lieferanten Gas, fuhr mitten in die Menge und nur der blitzschnellen Reaktion der Kollegen war es zu verdanken, daß niemand verletzt wurde.

Die in einem zweiten Wagen sitzende Frau des Amokfahrers wurde von den wütenden Kolle-

gen gestoppt. Daraufhin stürzte ihr Gatte aus seinem Wagen, bahnte sich unter Protestrufen der Kollegen einen Weg zu ihrem Wagen, öffnete die Beifahrertür und zog aus einem Seitenfach eine großkalibrige Pistole. Nur mit Mühe konnte er sich vor den aufgebracht Streikposten auf das Werksgelände flüchten. In

geschlossenheit der Kollegen, die erst nach Mitternacht das Feld räumten. Mehrere Aufforderungen der Polizei gingen im Gesang des Einheitsfrontliedes unter. Als dann die erste (von mindestens drei bereitgehaltenen) Hundertschaften Polizei anrückte, beendete der Bezirkssekretär der Drupa die Aktion.



Manager fährt in Streikposten 10 Verletzte

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages ist der Manager Schellenbach vor der Offenbacher Post mit Vollgas auf die Kette der Streikposten losgefahren. Zehn Kolleginnen und Kollegen wurden verletzt, darunter 4 Beschäftigte der OP, die BR-Vorsitzende, ein weiteres BR-Mitglied sowie der IGM-Sekretär J. Röver. Sie mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Der Manager hat schon auf dem Betriebsgelände gerufen: „Habt ihr noch keine MPs für die Ratten da draußen“. Von Verantwortlichen der OP wurde er nicht zurückgewiesen. Nachdem er sein Auto mit Zeitschriften beladen hatte (die Ausgabe der Kicker), und die Streikleitung am Tor diese Auslieferung freigegeben hatte, passierte folgendes: Der Manager schrie den Streikposten, die gerade dabei waren eine Durchfahrgasse zu bilden, zu: „Ich fahr euch alle um“. Dann gab er Vollgas und fuhr in die Menge. Viele Kollegen wurden von dem Auto erfaßt, auf den Boden gerissen und mitgeschleift. Nur durch zwei quer-gestellte PKWs konnte das Auto aufgehalten werden. Mehrere Kollegen mußten durch Rettungswagen in das Krankenhaus gebracht werden. Die Betroffenen und die zuständige Streikleitung hat Strafanzeige gestellt.

DIESER VORFALL IST EIN SKANDAL!

Der Anschlag auf die Streikposten bei der Offenbacher Post hat seinen politischen Hintergrund in der Verteufelung der Kampfaktionen der Drucker und Metaller durch die Unternehmer, die systematisch von den Medien betrieben wird. So ließ der Zeitungsverlegerverband die Lüge verbreiten „betriebsfremde Rollkommandos“ stünden Streikposten. Springer „Bild“ greift diesen aus der Waiseit berüchtigten Begriff auf und druckte ihn in Millionenauflage nach. Die Saat der Hetze ging jetzt in Offenbach auf.

Im Kampf um die 35-Stundenwoche haben die hessischen Gewerkschaften einen „Pakt der Solidarität“ geschlossen, in dem die gegenseitige und aktive Unterstützung bei Kampfmaßnahmen vereinbart wurde. Wir werden nicht zulassen, daß diese gewerkschaftliche Solidarität kriminalisiert wird.

WIR RUFEN DESHALB ALLE AUF:

KOMMT ZUR

Solidaritätskundgebung und Demonstration

HEUTE, den 3. Mai 1984, 17.00 Uhr Treffpunkt vor dem Gewerkschaftshaus

ANSCHLUSSKUNDGEBUNG VOR DER OFFENBACHER POST

DER DGB - KREISVORSTAND
Hans-Jürgen
DGB - Kreisvorsitzender



„Bergedorfer Zeitung“

Polizeieinsatz für Streikbrecher

Drei grüne Minnas und eine Hundertschaft setzte am Abend des 2. Mai die Hamburger Poli-

zei ein, um für die Aufrechterhaltung der Produktion bei der „Bergedorfer Zeitung“ zu sor-

gen.

Rund 40 Kolleginnen und Kollegen hatten den Eingang zum Betrieb nach Polizeiangaben blockiert, um Streikbrecher am Betreten des Betriebes zu hindern und die eventuelle Auslieferung einer Notausgabe zu verhindern.

Die Verlagsleitung rief die Polizei. Die Polizei forderte die Kolleginnen und Kollegen zunächst auf, den Eingang für zwei Streikbrecher freizugeben. Dann wurde den Streikbrechern mit einem massiven Aufgebot an Bereitschaftspolizei der Zugang zum Betrieb gebahnt.

Die Polizei als Anti-Streik-Truppe der Unternehmer — und das im Zuständigkeitsbereich des sozialdemokratischen Innensenators Pawelczyk. Wie die Hamburger „taz“ berichtet, soll das Hamburger Polizeipräsidium sich zur Frage künftiger Einsätze gegen Streikende so geäußert haben: „Kocht allerdings die Seele der Streikenden sehr hoch, dann werden wir das nicht weiter eskalieren und den Zustand belassen.“ Ein interessanter Hinweis.



Springer-Druckerei/Hamburg

Aktionen nach gescheiterter Urabstimmung

Nur 56 Prozent hatten bei der Urabstimmung in der Hamburger Zeitungsdruckerei des Springer Verlages für Kampfmaßnahmen gestimmt, womit die Urabstimmung gescheitert war. Die Verunsicherung unter den Kolleginnen und Kollegen ist wohl auch deshalb besonders groß, weil ein Teil der Produktion in den neuen Offset-Betrieb von Springer in Ahrensburg verlagert wird. Am 3. Mai kam es in diesem Betrieb zur ersten Aktion nach der gescheiterten Urabstimmung.

Gegen Mittag folgten mehrere Hundert Kolleginnen und Kollegen dem Aufruf der Gewerkschaft zu einer betriebsbezogenen Mitgliederversammlung. Die Kolleginnen und Kollegen zogen in einer Demonstration vom Betrieb zum Gewerkschaftshaus, um ihre Solidarität mit den Streikenden in anderen Betrieben zu bekunden. Die Spätschicht nahm die Pro-

duktion nicht wieder auf. Viele Springer-Gewerkschafter beteiligten sich im Anschluß an die Gewerkschaftsversammlung abends noch an einer Aktion vor dem Tor, durch die die Kollegen

der Nachtschicht über die Notwendigkeit von Kampfmaßnahmen für die 35-Stunden-Woche und eine neue Lohnstruktur in der Druckindustrie informiert werden sollten.



Der stellvertretende Landesvorsitzende der IG Druck & Papier, Günther Metzinger, ruft die Springer-Kollegen zur Demonstration auf.

Gruner & Jahr/Itzehoe

Streikbrecher aus den USA?

Eigentlich sollte am 3. Mai nur die Frühschicht der Tiefdruckerei von Gruner & Jahr in Itzehoe streiken. Damit aber war die Belegschaft nicht einverstanden.

Sie stellte bei der Streikleitung des Landesbezirks den Antrag auf Ausdehnung des Streiks bis einschließlich 5. Mai, wozu dann auch widerstrebend grünes

Licht gegeben wurde.

Am 4. Mai formierten sich rund 2000 Belegschaftsmitglieder und Familienangehörige zu einer Demonstration durch die Itzehoeer Innenstadt und führten im Itzehoeer Stadion eine Kundgebung durch. Daran beteiligten sich auch Kolleginnen und Kollegen der Setzerei und Bildherstellung von Gruner & Jahr in Hamburg, die ebenfalls in den Streik getreten und mit zwei Bussen nach Itzehoe gekommen waren.

Die von ihr offensichtlich nicht erwartete hohe Kampfbereitschaft der Belegschaft versetzte die Konzernleitung in Alarmstimmung. Die Konzernleitung soll mit dem Einfiegen von Streikbrechern aus den USA begonnen haben, um bei weiteren Streiks in der Lage zu sein, Notausgaben von „Brigitte“, „Frau im Spiegel“ und „Stern“ herauszubringen.



Die Gruner & Jahr-Belegschaft auf dem Weg zur Kundgebung

Klößner-Hütte/Bremen

Streik für Neueinstellungen

Für Neueinstellungen streikten letzten Donnerstag Kollegen der Frühschicht auf der Klößner-Hütte Bremen. Belegschaften am Hochofen, im Warm- und Kaltwalzwerk legten für zwei Stunden die Arbeit nieder. „Stellt mehr Leute ein, wir sind zu wenig für soviel Arbeit“. Mit diesem Transparent marschierten die Kollegen gemeinsam zum Verwaltungsgebäude. Die IG Metall hatte zu dem Warnstreik im Rahmen der Tarifauseinandersetzung für die 35-Stunden-Woche aufgerufen.

Hauptanlaß für den Streik war die immer unerträglichere Arbeitshetze auf der Hütte. Seit Monaten reduziert der Werksvorstand die Belegschaft. Von 6500 Belegschaftsmitgliedern im letzten Sommer sollen nur noch 5150 bleiben. Rund 1300 Arbeitsplätze sollen vernichtet

gestrichen. Die Kollegen sollen sich auf den Kränen selbst ablösen. Die Folgen sind spürbar. Die Überstundenanforderungen wachsen, weil ganze Bereiche nur noch mit ständigen Überstunden gefahren werden können. Es wird von oben Urlaubssperre angeordnet. Außer dem

gibt für sie keinen Ersatz.

Die Kollegen marschierten jetzt auch dafür, daß die älteren Kollegen, die das wünschen, den Sozialplan nutzen können. Dafür sollen neue Kollegen eingestellt und alle Lehrlinge übernommen werden. Die Kollegen schickten eine Delegation in die Chefetage. Einer von den Bossen sollte Stellung nehmen zur Forderung nach Neueinstellungen. Nur der Arbeitsdirektor Breiter kam herunter. Er erklärte die Bereitschaft zu Verhandlungen über die Forderung: „Bei uns gibt es kein generelles Nein!“



werden. Schmierstoff dabei ist ein Sozialplan, der es den Kollegen ab 55 Jahren ermöglicht, mit 95 Prozent ihres letzten Nettolohnes auszuschneiden. Jüngere Kollegen erhalten Abfindungen, wenn sie freiwillig gehen. Davon haben bisher rund 220 türkische Kollegen Gebrauch gemacht. Knapp 100 haben noch Auflösungsanträge gestellt. Damit würde insgesamt ein Viertel der auf der Hütte beschäftigten türkischen Arbeiter ausscheiden.

Dieses Kahlschlagprogramm begründet Klößner mit der Verringerung der Produktion. Nachdem der Konzern in der Vergangenheit in einem wilden „Catch as Catch can“ gegendie anderen Stahlkonzerne ständig über die von der EG festgelegten Quoten produziert hatte, soll ab diesem Jahr nur noch in Höhe der Quote produziert werden. Durch Zukauf von anderen Werken ist diese mittlerweile auf rund 240000 Monatstonnen Warmbreitband gestiegen. Das ist genau die Kapazität der modernen Stranggießanlage. Aus diesem Grund wurde am 7. März die ältere Blockbrammenstraße stillgelegt. Die Kollegen gingen teilweise über Sozialplan oder wurden auf andere Arbeitsplätze im Werk umgesetzt, wo ältere und türkische Kollegen ausscheiden.

Nur 6 Wochen später erklärt der Werksvorstand überraschend: die Blockbrammenstraße soll am 10. Mai wieder in Betrieb genommen werden. Vorübergehend, wie die Direktion behauptet. Eine feste Mannschaft ist offenbar nicht vorgesehen. Die Kollegen sollen dafür aus anderen Abteilungen zusammengezogen werden, wo sie dann natürlich fehlen.

Das war der letzte Auslöser für den Warnstreik. Denn schon jetzt ist die Unterbesetzung und die Arbeitshetze auf der Hütte unerträglich. Ganze Bereiche verlieren durch das Rationalisierungsprogramm bis zu einem Viertel ihrer Mannschaften. Im Kranbetrieb wurden zum Beispiel die Springer-Arbeitsplätze

fest eingeplanten Jahresurlaub kann kein Tag Urlaub mehr zwischen durch genommen werden. Und die älteren Kollegen, die nach dem Sozialplan vorzeitig ausscheiden möchten, bis jetzt aber keinen Vertrag unterschrieben haben, werden von der Werksleitung festgehalten. Es

Allmählich wird den Bossen offenbar heiß. Vor drei Wochen hatten die Schmelzer am Hochofen bereits spontan die Arbeit eingestellt, weil jeweils ein Schmelzer pro Stichloch abgebaut werden sollte. Die Kollegen setzten durch, daß der 5. Mann bleibt.

52 Prozent für die Vereinigte Belegschaftsliste

„Na und?“

Roter Lautsprecher, Betriebszeitung der KPD Siemens/Witten

Bei Siemens/Witten fand die konstituierende Sitzung des Betriebsrats statt. Wie berichtet, hatte die Wahl im Arbeiterbereich eine absolute Mehrheit von 52 Prozent für die Vereinigte Belegschaftsliste ergeben. Entsprechend wurde nun mit 8 gegen 7 Stimmen Annette Schnoor von der Vereinigten Belegschaftsliste zur Vorsitzenden des Betriebsrats gewählt. Auch die beiden anderen freigestellten Betriebsräte werden von der Vereinigten Belegschaftsliste gestellt. Der „Rote Lautsprecher“, die Betriebszeitung der KPD für Siemens/Witten, beschäftigte sich in folgendem Artikel mit der Frage, welche Bedeutung für die Belegschaft die neue hauchdünne fortschrittliche Mehrheit im Betriebsrat hat.

Sicher sind 52 Prozent für die „Vereinigte Belegschaftsliste“ ein Erfolg. Heute ist die konstituierende Sitzung, und wenn Rein endlich von seinem Stuhl im Betriebsratsbüro verjagt wird, wird etwas Wirklichkeit, was sich manche von uns seit zehn Jahren wünschen. Und sicher ist es wichtig, Betriebsräte zu haben, die ehrlich und demokratisch sind, die für uns da sind und nicht für Siemens, die die Betriebsleitung als Gegner begreifen und nicht als Partner.

Aber mal abgesehen davon, daß Rein und Co. ja noch da sind, daß sie immer noch sieben von 15 Betriebsräten stellen, daß sie verstärkt wühlen und hetzen und lügen und mauscheln werden, um die Schlappe wieder wett zu machen — mal ganz abgesehen davon!

Wir Kommunisten meinen: Mit einem guten Betriebsrat allein ist noch nichts gerettet.

Keine Akkorderhöhung vermeiden, keine Abgruppierung rückgängig gemacht, keine Entlassung verhindert. Das kann der Betriebsrat nicht. Er hat sehr wenig Rechte. Der Betriebsrat ist nur dann eine Macht, wenn wir ihn mächtig machen, wenn wir bereit sind, für unsere Forderungen zu kämpfen. Ein besserer Betriebsrat ist für uns alle eine bessere Chance. Die Chance, daß unsere gesetzlichen Vertreter nicht „Ja“ sagen, wenn wir „Nein“ meinen. Die Chance, daß nicht in unserem Namen die Kapitulation unterschrieben wird, wenn wir noch lange nicht besiegt sind.

Es ist eine bessere Chance für unseren Kampf, die wir dringend brauchen. Unser Kampf, nicht der des Betriebsrates. Darum — 52 Prozent hin oder her — gilt nach wie vor, und jetzt erst recht: Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich nichts!

Auch ein Stück Wende:

Skandalöses BGH-Urteil

§ 130 Volksverhetzung. Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,

2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder

3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Wäre die ganze Sache nicht so bitterernst, könnte man nach der neuen höchstgerichtlichen Auslegung dieses Paragraphen des Strafgesetzbuches Parolen wie „Richter raus“ oder „Hängt den BGH“ juristisch unangreifbar unter Volk bringen. Aber dieses Urteil ist nicht der rechte Anlaß für Scherze. Was der

BGH hier letztinstanzlich entschieden hat, ist ein Freibrief für neonazistische Hetze, für Pogromstimmung und das Säen von Haß.

Deutsche Juristen sind bekannt für ihre Kunstgriffe, die Wahrheiten auf den Kopf stellen, mit spitzfindigen Formulierungen offensichtlich auf der Hand liegende Tatsachen zu entstellen. „Juden raus“ mit einem Hakenkreuz versehen an die Wand geschmiert — dann liegt „vor dem geschichtlichen Hintergrund der nationalsozialistischen Judenverfolgung“ der Tatbestand der Volksverhetzung zwar „auf der Hand“, diese Annahme sei jedoch nicht ohne weiteres auf die anderen Parolen übertragbar: Beispiel: Die Parole „Türken raus“ — mit einem Hakenkreuz. Dazu meint der BGH, daß allgemein geschichtliche Erfahrungen fehl-

ten, die diese Parole als Aufforderung zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen erscheinen lassen.

Sogar die brave „Süddeutsche Zeitung“ empört sich in einem Kommentar, den sie mit „Höchststrichterlichem Zynismus“ überschreibt: „Was für ein deutsches Urteil! Ob dem Bundesgerichtshof niemals zu Ohren gekommen ist, daß der deutsche Antisemitismus, daß die folgende Vernichtungspolitik der Nazis erst einmal feinsinnig stimuliert worden ist durch den bekannten gewaltlosen Imperativ des Historikers Treitschke: Die Juden sind unser Unglück! War es nicht eigentlich bewiesen, daß die Raus-Parolen gleichsam nur Überschrift sind für eine rein rassistische, die Tat oft herbeisehnende oder sogar ausführend wollende innere Haltung? Die blutrote Ge-

schichte des Fremdenhasses in Deutschland kennt schließlich auch Paul de Lagard mit seinem: „Die Juden sind als Juden in jedem europäischen Staat Fremde... Ist dies keine Übertragbare historische Erfahrung?“

Soweit die „Süddeutsche Zeitung“. Woher der Wind weht, aus welcher Ecke, zeigt der zweite Teil des Urteils, der die „Tod Wehner und Brandt“, „Hängt Brandt“-Parolen verurteilt, ja erlaubt. Es ist der Beginn der Legalisierung des Kampfes gegen „Volksfeinde“ gegen alles „Undeutsche“, daß keinen Gesetzen und Beschränkungen unterliegt. Auch ein Stück „geistig-moralische Wende“, was die Karlsruher Richter da vollbracht haben. Eine Wende, die Rufe wie „Rotfront verrecke“ und entsprechende Taten geradezu herausfordert.

Aus dem Urteil des BGH

Die Parolen „Tod dem Klerus“ oder „Tod Wehner oder Brandt“ lassen „nicht von selbst“ einen Aufforderungscharakter erkennen. Zudem „bleibt nach dem Wortsinn aber offen, ob der Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt werden soll“. Es komme hinzu, „daß sie verbal nicht zu einer Handlung auffordern und deshalb lediglich das Erwünschensein des Todes der genannten Personen zum Ausdruck bringen.“ „Die Erklärung, eine Straftat sei begründenswert, notwendig oder unvermeidbar, ist, wenn in ihr nicht die Kundgebung liegt, einen anderen zu einem bestimmten Tun oder Unterlassen bringen zu wollen, keine Aufforderung zu Straftaten, sondern lediglich ein Befürworten von solchen.“ Das sei nach Streichung des § 88a StGB aber nicht mehr strafbar.

Die Parole „Hängt Brandt“ fordere zwar verbal zu einem strafbaren Verhalten auf, aber auch diese könne von der Öffentlichkeit als unpassende Unmutsäußerung eines Außenstehers verstanden werden.

Recht(s)sprechung

Zu den Parolen „Türken raus“ und „Ausländer raus“:

Die beiden Parolen enthalten „nach ihrem Wortlaut keine Aufforderung an andere, gegen die genannten Personengruppen bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.“ „Die Auslegung, daß die Parolen wegen der Beifügung des Hakenkreuzes objektiv diesen Erklärungswert hatten und auch als Aufforderung zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen zu verstehen sind, liegt vor dem geschichtlichen Hintergrund der nationalsozialistischen Judenverfolgung bei der Parole „Juden raus“ auf der Hand. Sie ist nicht ohne weiteres auf die anderen Äußerungen übertragbar. Ihrem Wortsinn nach sind sie zwar als an Ausländer gerichtete Aufforderungen zu verstehen, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen. Bei ihnen fehlen aber allgemeinbekannte geschichtliche Erfahrungen, die sie darüberhinaus ohne weiteres als (...) Aufforderung zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen erscheinen lassen.“

Zu den Parolen „Tod dem Klerus“, „Tod Wehner oder Brandt“, „Hängt Brandt“:

Friedensbewegung beschließt Herbstaktionen

Mit großer Einmütigkeit wurden einige Resolutionen verabschiedet. So zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Der Konferenz war klar, daß Sieg oder Niederlage der Gewerkschaftsbewegung in dieser Frage von entscheidender Bedeutung für alle fortschrittlichen Kräfte sind. Entsprechend wurden alle Friedensinitiativen zu praktischer Solidarität mit den kämpfenden Kollegen aufgerufen.

Von der Bundesregierung forderte die Konferenz, jeglichen Druck auf die niederländische Regierung in der Stationierungsfrage einzustellen. Bislang hat die niederländische Regierung der Stationierung noch nicht zugestimmt und am 10. Mai finden in den Niederlanden landesweite 15minütige Arbeitsniederlegungen gegen die drohende Stationierung statt.

Die Versammlung protestierte bei der Bundesregierung gegen den Besuch des südafrikanischen Rassenchefs Botsa Anfang Juni in der Bundesrepublik.

Inhaltliche Diskussion

Die 6. Aktionskonferenz hatte von der letzten Konferenz den Auftrag, die inhaltliche Diskussion in strittigen politischen Fragen weiterzutreiben. Das geschah in sechs Arbeitsgruppen und mit Berichten und kurzen Aussprachen im Plenum.

Klärung des Verhältnisses zur NATO

In dieser Frage standen grob vereinfacht vier Positionen nebeneinander. Einmal die Kräfte, die auf die Losung „BRD raus aus der NATO!“ orientieren, das waren auf der Konferenz neben unserer Partei diejenigen Kräfte, die in der Initiative

Am 5. und 6. Mai ist in Köln die sechste Aktionskonferenz der Friedensbewegung zusammengetroffen. Die Aktionskonferenz beschäftigte sich mit der Auseinandersetzung um strittige politische Fragen in der Friedensbewegung und der Planung

„BRD raus aus der NATO“ zusammengeschlossen sind.

Dann die SPD-nahen Kräfte. Versteckt hinter vielen Worten halten sie die NATO im Grunde für notwendig und kritisieren lediglich die neuen NATO-Kriegsführungselemente (Mittelstreckenraketen, Air-Land-Battle) als von der Reagan-Administration durchgepeitschte völlig neue aggressive Stoßrichtung. Das Gegenstück zu dieser in der Friedensbewegung formulierten Position ist dann, daß Sozialdemokraten die gigantische konventionelle Aufrüstung der NATO billigen, die ja nur ein anderes Element der NATO-Gesamtstrategie ist, um globale Überlegenheit über den Warschauer Pakt zu erlangen.

Das DKP-Spektrum beteuerte, daß sie die Forderungen nach NATO-Austritt im Grunde zwar richtig finden, aber für tagesspolitisch total sektiererisch und bestens geeignet, die Friedensbewegung in die Isolierung zu treiben.

Die Grünen im Bundestag schließlich hatten herausgefunden, daß die Forderung nach NATO-Austritt rechtlich nicht durchsetzbar ist, weil seiner Realisierung (Abzug der US-Truppen) die Pariser Verträge und der Generalvertrag (Besetzung der BRD bis zum Jahre 2005) entgegenstehen.

Im Plenum wurde folgende Kompromißformel, der wir auch zustimmten, als Arbeitsmaterial an den Koordinationsausschuß für den Aufruf zu den Herbstaktionen verwiesen: „Nein zu den neuen Kriegsführungsplänen der NATO! Die

der Herbstaktionen. Mit etwa 800 Teilnehmern zeigte sie auch nach dem Beginn der Stationierung der NATO-Raketen die Breite und Stärke der Friedensbewegung.



Achtung! KPD-Friedenskonferenzen

Am Samstag, 19. Mai, 11.00 Uhr in Hannover, Freizeitheim Linden.

Am Sonntag, 20. Mai, 11.00 Uhr in Stuttgart, Bücherstube Ost, Haubmannstr. 107.

Themen sind u. a.: die Auswertung der 6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung, Diskussion über die Initiative „BRD raus aus der NATO“, Herbstaktionen. Alle Genossinnen und Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind, sind herzlich eingeladen. (Bitte bei Peter im Dortmunder Büro anmelden und Proviant mitbringen.)

Ausländerhetze von Nazi-Skins verhindert

DUISBURG. — Nur eine Woche nach ihrem Vorgehen gegen Anti-NPD-Demonstranten beim NPD-Landesparteitag in Gummersbach wollten rechtsradikale Skinheads in Duisburg Jagd auf Ausländer machen. Am 1. Mai erfuhren Duisburger Antifaschisten davon und bereiteten sich auf die Verhinderung dieser Aktion vor.

Ein erstes Flugblatt wurde von der KPD verteilt. Die Duisburger Antifa-Gruppe organisierte dann ein erstes Vorbereitungstreffen, zu dem ca. 200 Leute kamen. Im folgenden zitieren wir auszugsweise aus dem Bericht der Duisburger Genossen:

5. Mai, 10.00 Uhr: Ca. 150 Leute sind bei Karstadt. Flugblätter werden verteilt. Es ist ziemlich viel los in der Stadt, weil in Duisburg Europatag ist. Mit der Zeit werden wir immer mehr, bis wir ca. 500 Leute sind. Wir warten ab, was sich tut. Die Polizei riegelt den Bahnhof ab und will keinen Skinhead rauslassen. Im Bahnhof befinden sich 10 Neonazis der JN (Junge Nationaldemokraten), die anscheinend irgendwie koordinieren (ähnlich wie in Wühl!).

Ab und zu zeigen sich Skinheads in der Stadt, sie werden aber sofort vertrieben (Problem: nicht alle sind Neonazis). Dabei gibt es auch Rangeleien mit den Bullen. Zwei von uns werden dabei verhaftet. Begründung: sie sollen mit waffenähnlichen Gegenständen geschlagen haben. Insgesamt werden am

Samstag sechs von uns verhaftet.

Gegen 14.30 Uhr beschließen wir, uns zum Bahnhof zu begeben, um direkt am Ort zu sein. Etwa zur gleichen Zeit werden die Skins im Bahnhof von der Polizei einkassiert und zum Polizeipräsidium gebracht. Daraufhin gehen wir in die Innenstadt zurück und lösen kurz darauf die Versammlung auf. Wir verabreden uns für den Abend um 20.00 Uhr im Eschhaus (Jugendzentrum) um bereit zu sein, falls die Polizei die Skinheads wieder freiläßt. Vor dem Präsidium stehen Leute von uns, die alles im Auge haben.

Am Abend sind etwa 50 Leute da. Ein Teil geht auch zum Polizeipräsidium, weil noch vier von uns in Haft sind.

Die Skins werden gegen Abend fortgeschafft in andere Städte. Um 23.00 Uhr ist der letzte von uns draußen.

Die Duisburger Genossen berichten von dem Problem, daß Leute oft mit dem Begriff „Skinhead“ nicht viel anfangen konnten, daß einige Demonstranten mit brutalem Vorgehen gegen alles, was neonazistisch aussah, Probleme geschaffen hätten. Andererseits schreiben sie: Es ist uns allerdings in kürzester Zeit gelungen, gut zu mobilisieren. Die Neonazis werden es schwer haben, in Duisburg offen aufzutreten. Das Gefühl der Antifaschisten wächst, gemeinsam dagegen vorgehen zu müssen, und das nicht nur mit guten Reden.

Durchsetzung dieser Kriegsführungsoptionen in der NATO stellt die Mitgliedschaft der BRD in der NATO immer mehr in Frage.

In den anderen inhaltlich-strittigen Fragen — Charakter der sowjetischen Rüstung, Friedensbewegung in Osteuropa — konnten wir keine Annäherung von Standpunkten feststellen, war auch bei der schon traditionellen Zusammensetzung dieser Konferenzen (Mehrheit DKP-Spektrum) nicht zu erwarten.

Die nächsten Aktionen

Die Kampagnen zu Volksbefragungen und zur Volksbefragung am 17. Juni sowie die Verweigerungskampagne wurden bestätigt. Für die Volksbefragung am 17. Juni ist wichtig, daß nach Auskunft des Koordinierungsausschusses inzwischen 10000 von 6000 Wahllokalen besetzt sind. Wir werden im nächsten RM näher über die Kampagne Volksbefragung berichten.

Für den Herbst wurden folgende Aktionen beschlossen:

1. Breite Mobilisierung der Friedensbewegung für den 1. September, den Antikriegstag der Gewerkschaftsbewegung.

2. Aktionen zu den NATO-Herbstmanövern. Die Kräfte der unabhängigen Friedensbewegung werden in Hildesheim und Fulda Behinderungsforderungen gegen die Manöver durchführen und die gesamte Friedensbewegung ruft zu großen abschließenden Kundgebungen in diesen Städten auf (Ende September).

3. Dezentrale Friedenstag in der Zeit vom 1.9. bis zum 20.10.

4. Regionale Großaktionen (Demonstrationen, Volksversammlungen oder Menschenketten) am 13. oder 20. Oktober. Für die Region Mitte gibt es insofern konkretere Überlegungen, als daß eine Menschenkette von Dortmund durch das Revier bis nach Brunsbüttel (Stationierungsort) in den Niederlanden gezogen werden soll.

5. Am Tag der Präsidentschaftswahlen in den USA, am 3. November, große Solidaritätsaktion für Nicaragua in Zusammenarbeit mit den Mittelamerika-Komitees. Der Koordinierungsausschuß wurde verpflichtet, im Falle einer US-Intervention in Nicaragua binnen einer Woche eine bundesweite Aktion zu organisieren.

6. Friedenswochen der kirchlichen Gruppen vom 11. bis 21.11.

7. Tage der Verweigerung (Verweigerungskampagne, Wehrpässe verbrennen usw.) vom 22.—24.11.

Wir finden dieses Konzept, wenn es tatsächlich von allen Kräften der Friedensbewegung auch in der Aktion getragen wird, im wesentlichen gut, weil es:

- Auf große Kundgebungen der Friedensbewegung gegen die NATO-Herbstmanöver orientiert (was auch unsere Partei vorgeschlagen hatte), die sich gegen die NATO-Kriegsführungspläne insgesamt richten.

- Weil die Verbindung von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung durch die Großaktionen im Oktober gestärkt werden sollen, die zumindest im Ruhrgebiet unter dem Motto „Gegen Rüstung und Sozialabbau“ stehen sollen.

- Weil es mit den großen Demonstrationen und Menschenketten Aktionsformen wiederbelebt, die zwar oft gerne als „Latscherdemos“ belächelt werden, in der aber vielen Menschen die erstmalige Beteiligung an einer Aktion der Friedensbewegung oder an einer Demonstration überhaupt erleichtert haben.

1. Bundesfrauenkonferenz der HBV

„Aus den Beiträgen sprach persönliche Betroffenheit“

Am 28./29. April fand in Leverkusen die 1. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen statt. Der RM sprach mit einer Teilnehmerin an der Bundesfrauenkonferenz.

RM: Du warst auf der Bundesfrauenkonferenz. War es tatsächlich die erste?

D.: Ja, ich wundere mich auch, daß bei dem hohen Frauenanteil in der Gewerkschaft und bei der aktiven Mitarbeit vieler Kolleginnen erst jetzt eine Bundesfrauenkonferenz stattgefunden hat und finde es natürlich gut, daß es endlich dazu gekommen ist.

RM: Wie bist Du denn da hingekommen?

D.: Ich bin als Delegierte gewählt worden von der Ortsfrauenkonferenz. Das war schon im letzten Jahr im Sommer. Jetzt im April war noch ein Vorbereitungstreffen dazu.

RM: Wieviele Kolleginnen waren denn auf der Bundesfrauenkonferenz?

D.: Es waren 146 Delegierte, etwa 40 Gastdelegierte und eine wechselnde Anzahl von Gästen. Der Unterschied zwischen Gastdelegierten und Gästen besteht übrigens darin, daß erstere von den Orts- und Bezirksdelegiertenkonferenzen gewählt und bestimmt werden, während die Gäste vom Bundesfrauenausschuß eingeladen sind, z.B. offizielle Vertreter von anderen Gewerkschaftsorganisationen oder auch der Bürgermeister von Leverkusen. Auch Pressevertreter waren da...

RM: Aber lesen konnte man nicht viel?

D.: Das stimmt, über das Presseecho war ich auch etwas enttäuscht.

RM: Was war denn im Mittelpunkt der Diskussion auf der Konferenz?

D.: Ein zentraler Punkt war natürlich die 35-Stunden-Woche. Klar war eigentlich allen, daß wir die 35-Stunden-Woche brauchen, zum einen, um halt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zum anderen aber auch, weil gerade die Frauen im Beruf und in der Familie besonders belastet sind und Frauen, die sich aktiv in der Gewerkschaft oder in irgendwelchen anderen Organisationen betätigen, natürlich unter besonderem Zeitdruck stehen. Was dabei halt nicht so einheitlich ist, weil es viel auch von den ganz persönlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Kolleginnen abhängig ist, ist die Frage, ob die Freizeit sich in täglich einer Stunde weniger Arbeit oder in einer Blockfreizeit niederschlagen sollte.

RM: Wann würde das denn für die HBV überhaupt akut?

D.: Bei den Banken war es ja jetzt schon akut.

RM: Und habt ihr euch zu dem Abschluß, den es gab irgendwie geäußert?

D.: Ja, dazu gab es einen oder zwei Initiativanträge, worin das Verhalten der DAG in der Tarifauseinandersetzung verurteilt wird, insbesondere vor dem Hintergrund, daß in der HBV mehr Kolleginnen und Kollegen organisiert sind als in der DAG — im Bankbereich.

RM: Und wie stellt sich die HBV jetzt dazu?

D.: Die HBV-Kolleginnen und Kollegen leben jetzt gewissermaßen in einem tariflosen Zustand und die HBV möchte gerne auf Haustarifverträge hinwirken, das heißt aber, daß mit

jeder Bank einzeln verhandelt werden muß und da ist natürlich die Frage, ob das überhaupt leistbar ist.

RM: Und was ist mit der Bank für Gemeinwirtschaft?

D.: Das ist das typische Beispiel, daß in solchen Fällen kommt. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen können aber in solchen Fällen keine Vorreiterstellung einnehmen, sondern im Grunde genommen nur mitziehen, wenn sich auf breiter Front was bewegt. Aus der Konkurrenzsituation heraus. Das ist die offizielle Gewerkschaftsmeinung, die ja auch irgendwo stimmt.

unserer Gewerkschaft eine eindeutige Beschluslage herbeizuführen. Der Antrag zur Unterstützung der Aktion ist — glaube ich — einstimmig angenommen worden. Das war eigentlich nicht erstaunlich, weil unsere Bundesfrauenausschuß-Vorsitzende Erna Zmuda-Schamper auch zu den Erstunterzeichnerinnen gehört. Auf der Konferenz wurden übrigens auch Buttons für die Aktion verkauft. Und es wurde allen Delegierten nahegelegt, für die Kolleginnen am Ort reichlich mitzunehmen.

RM: Und zeigt sich diese Unterstützung auch praktisch vor Ort?

D.: Bei uns am Ort ist es so, daß wir an den Koordinierungsgesprächen der Frauenbewegung teilnehmen. Was sonst praktisch läuft, kann ich im Moment nicht

RM: Und was macht die Gewerkschaft gegen Kapovaz?

D.: Das eine ist natürlich erst mal, die Kolleginnen im Betrieb davon zu überzeugen, daß es für sie keine Chance ist und das andere ist, über Tarifverträge oder über gesetzliche Regelungen der Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen solche Auswüchse zu verhindern. Wobei wir natürlich bei der gesetzlichen Schiene im Moment mehr denn je einen schweren Stand haben. Ein wichtiger Klops ist natürlich auch noch Geißlers Angriff auf den Ladenschluß.

RM: Was will er?

D.: Herr Geißler möchte gerne die strenge Regelung der Ladenschließzeiten aufheben, um dem „mündigen Verbraucher“ auch abends die Gelegenheit zum Einkaufsbummel zu geben. In diesem Zusammenhang wurden Gerüchte, die Herrn Geißler abends um acht bei Aldi gesehen haben wollen, dementiert.

RM: Sind denn auch innergewerkschaftliche Probleme zur Sprache gekommen? Also, welche Rolle die Frauen in der HBV spielen, bei den Betriebsräten in diesem Bereich usw.?

D.: Das ist leider etwas kurz gekommen. Bei der Fülle der Anträge und der Diskussionsfreudigkeit der Teilnehmerinnen konnten nicht alle Anträge behandelt werden. Unsere Grundsätzlichen Forderungen dazu haben wir aber mir großer Übereinstimmung verabschieden können. Dabei geht es beispielsweise darum, daß Frauen in den Gremien der Gewerkschaft je höher, desto stärker unterrepräsentiert sind...

RM: Wieviele Frauen sind denn im Hauptvorstand der HBV?

D.: Eine von 14. Im Ortsvorstand bei mir am Ort sind es drei oder vier, da gibt es auch einige Fachgruppenvorsitzende, was allerdings auch erst eine Entwicklung der letzten Jahre ist. Bei allem muß man wissen, daß der Frauenanteil an der Mitgliedschaft der HBV bei 56 Prozent liegt.

RM: Aber zurück zu den grundsätzlichen Forderungen, über die ihr beraten habt...

D.: Die Delegierten forderten deshalb, daß bei der Aufstellung von Kandidaten darauf zu achten ist, daß auch eine entsprechend große Anzahl von Frauen vertreten ist. Dazu muß die Gewerkschaft sicherlich noch einiges leisten, um die Frauen zur Gewerkschaftsarbeit und zur Mitarbeit in Gremien zu ermutigen. Eine andere Forderung war, in der Gewerkschaftszeitung „Ausblick“ oder in einer speziellen Frauenzeitung mehr auf frauenspezifische Themen einzugehen.

RM: Ein großes Problem gerade für Frauen, die im Einzelhandel arbeiten, ist ja, wie sie ihre Kinder, falls vorhanden, unterbringen, weil die Öffnungszeiten der Kindergärten und Kindertagesstätten dafür ungünstig sind. Setzt sich die HBV für Betriebskindergärten ein?

D.: Wir wollen, daß die Betreuung der Kinder über staatliche Einrichtungen bzw. Gemeinden usw. geregelt wird und daß in diesen Einrichtungen auch die Erfordernisse berufstätiger Eltern Rücksicht genommen wird. Ein Betriebskindergarten würde eine stärkere Anbindung an den Arbeitgeber bedeuten und somit eine größere Abhängigkeit.



Heimarbeit — besonders geeignet für Frauen mit Kindern

RM: Das stimmt schon, aber ich glaube, daß die Frauen erstens weniger Vorbehalte gegen betriebliche Kindertagesstätten haben — vielleicht weil die Kinder nicht ganz so weit weg sind — als gegen staatliche, außerdem meine ich, daß es wesentlich einfacher wäre, auf betrieblicher Ebene so etwas durchzusetzen, als bundesweit andere — und es müßten ja wesentlich anders sein — Öffnungszeiten für städtische Kindergärten zu erreichen. Außerdem finde ich auch, daß die Unternehmer ruhig für die Unterbringung der Kinder zahlen könnten.

D.: Ich selbst habe zu dem Thema eigentlich noch keine feste Meinung. Da ich im Moment nicht betroffen bin, hab ich

mich noch nicht näher damit beschäftigt. Was ich zuerst gesagt haben, ist die offizielle Haltung der HBV zu dem Problem.

RM: Was war denn jetzt Dein Gesamteindruck von der Konferenz?

D.: Ausgesprochen positiv. Die Delegierten haben sehr offen und engagiert diskutiert. In vielen Beiträgen hat sich die persönliche Betroffenheit mitgeteilt. Trotz einiger Meinungsverschiedenheiten verlief auch ganze Konferenz in einer angenehmen Atmosphäre. Und wenn jetzt auch noch die vielen guten Beschlüsse, die wir gefaßt haben, auch Folgen zeigen würden, dann wäre das natürlich ganz toll.

RM: Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg.

Bundestagsmehrheit lehnt Gesetz gegen Notlagenindikation ab

In Presse, Funk und Fernsehen hörte man erst nachträglich davon — und auch dann nur in kurzen Meldungen. Vom ersten Durchgang des Gesetzentwurfs von 74 Abgeordneten der CDU/CSU gegen den 1976 reformierten § 218 nämlich. Die Abgeordneten der CDU/CSU — ausschließlich Männer übrigens — hatten in ihrem Gesetzentwurf gefordert, daß Abtreibungen auf Grund der sogenannten Notlagenindikation nicht mehr durch die Krankenkassen finanziert werden sollen und daß es in solchen Fällen für die betroffenen Frauen auch keine Lohnfortzahlung mehr geben solle.

In der Bundestagsdebatte begründeten Abgeordnete der CDU/CSU ihren Entwurf mit den inzwischen schon bekannten Argumenten: daß es ihnen darum gehe, die „Vernichtung ungeborenen Lebens“ zu verhindern, daß die Notlagenindikation, mit der ca. 2/3 aller Abtreibungen begründet sind, zum Mißbrauch der legalen Möglichkeiten der Abtreibung führe, daß Abtreibung keine Krankheit sei und schon deshalb nicht von den Krankenkassen bezahlt werden könne, daß man darüber hinaus „Millionen Beitragszahler zwingen, etwas mitzubezahlen, was sie mit ihrem Gewissen gar nicht vereinbaren können.“

Alle anderen Parteien sprachen sich gegen den Gesetzentwurf aus. Irmgard Adam-Schwätzer erklärte für die FDP, daß ihre Partei diesen Gesetzentwurf nicht unterstützen könne, da er eine Rückkehr zu dem alten Zustand sei, der gerade abgeschafft werden solle, nämlich Frauen in die Illegalität zu treiben.

Abgeordnete der SPD sprachen sich ebenfalls gegen den Gesetzentwurf aus und antworteten u.a. auf das „Argument“,

daß Abtreibung keine Krankheit sei, indem sie darauf hinwiesen, daß die Kassen schließlich auch bei Geburten zahlen, daß des Mutterschafts- und Sterbegeldes gibt, was auch mit Krankheiten nichts zu tun habe.

Die Grünen argumentierten nicht nur gegen den Gesetzentwurf selbst, entlarvten nicht nur die großen Worte der CDU/CSU-Politiker als Scheinmoral, sondern stellten auch klar, daß dieser Gesetzentwurf nichts anderes ist als ein getarnter Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Übrigens sprach sich auch die CDU-Abgeordnete Ingrid Roitzsch gegen den Antrag ihrer Fraktionskollegen aus.

Es ist auf jeden Fall ein erster Erfolg, daß der Bundestag den ersten Vorstoß gegen die geltende Gesetzeslage bei der Abtreibung abgeblockt hat. Aber die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Sache steht ja noch aus. Und wie der Bundestag sich verhält, wenn das Bundesverfassungsgericht gegen die Frauen entscheiden sollte, das steht auf einem ganz anderen Blatt. Deshalb muß der Kampf weitergehen.



RM: Na ja, es gibt aber ja das Beispiel vom Verlag 2001, der ja jetzt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn eingeführt hat und der ist nicht gewerkschaftsfeindlich. Außerdem ist doch die Frage, wem die BfG sich mehr verbunden fühlt, der HBV oder der DAG...

D.: Tja, das ist das Problem der Gemeinwirtschaft...

RM: Was stand jetzt die Frauen speziell betreffend vor allem im Mittelpunkt?

D.: Ein wichtiges, aber unstrittiges Thema betraf die Bestrebungen, Frauen in die Bundeswehr einzuliefern. Wegen der einhelligen Ablehnung nahm das Thema allerdings wenig Raum in der Diskussion ein. Etwas heißer diskutiert wurden unsere Forderungen zum § 218. Im Wesentlichen ging es darum, ob eine Fristenlösung anzustreben sei, was vielen Delegierten als das leichter erreichbare Ziel erschien oder ob die Streichung des § 218 zu fordern ist.

RM: Und worauf habt ihr euch geeinigt?

D.: Entgegen den mahnenden Worten einiger hauptamtlicher Funktionäre für die Streichung.

RM: Ist denn über die „Mutterschaftsaktion“ in Bonn auch gesprochen worden? Ich habe nämlich gehört, daß der DGB die Aktion nicht mehr unterstützt?

D.: Das war uns mit auch ein wichtiger Grund, das Thema auf der Bundesfrauenkonferenz zur Sprache zu bringen und in

sagen.

RM: Und was ist mit Themen aus dem betrieblichen Bereich? Zum Beispiel das Thema Kapovaz (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeitsysteme), das gerade im Moment, auch im Zusammenhang oder besser im Gegensatz zur 35-Stunden-Woche so viel diskutiert wird?

D.: Für unsere Gewerkschaft mit dem großen Bereich Einzelhandel ist das natürlich ein wichtiges Thema, zumal Kapovaz zum Teil ja auch bereits eingeführt ist, z.B. bei Aldi. Die Arbeitsbedingungen der Betroffenen, das sind fast ausschließlich Frauen, sind unter aller Sau. Sie müssen auf Abruf zu Hause bereit sitzen, natürlich unbezahlt, bis der Unternehmer oder sein Geschäftsführer ihren Einsatz wegen des großen Arbeitsanfalls für erforderlich hält. Das heißt, daß sie sich ihre Zeit überhaupt nicht einteilen können und sich nichts vornehmen können, weil immer ein unerwarteter Anruf ihres Arbeitgebers kommen kann.

RM: Das ist ja dann auch eine Arbeitszeitregelung, die gerade für Frauen mit kleinen Kindern, die in der Regel Teilzeitarbeitsplätze suchen, völlig unmöglich ist.

D.: Ja. Viele Frauen fallen aber darauf rein, weil die Arbeitgeber ihre variablen Arbeitszeiten immer mit dem Argument, man könne sich seine Zeit besser und selber einteilen, verkaufen.

Neu erschienen!

Zwischenruf
Links

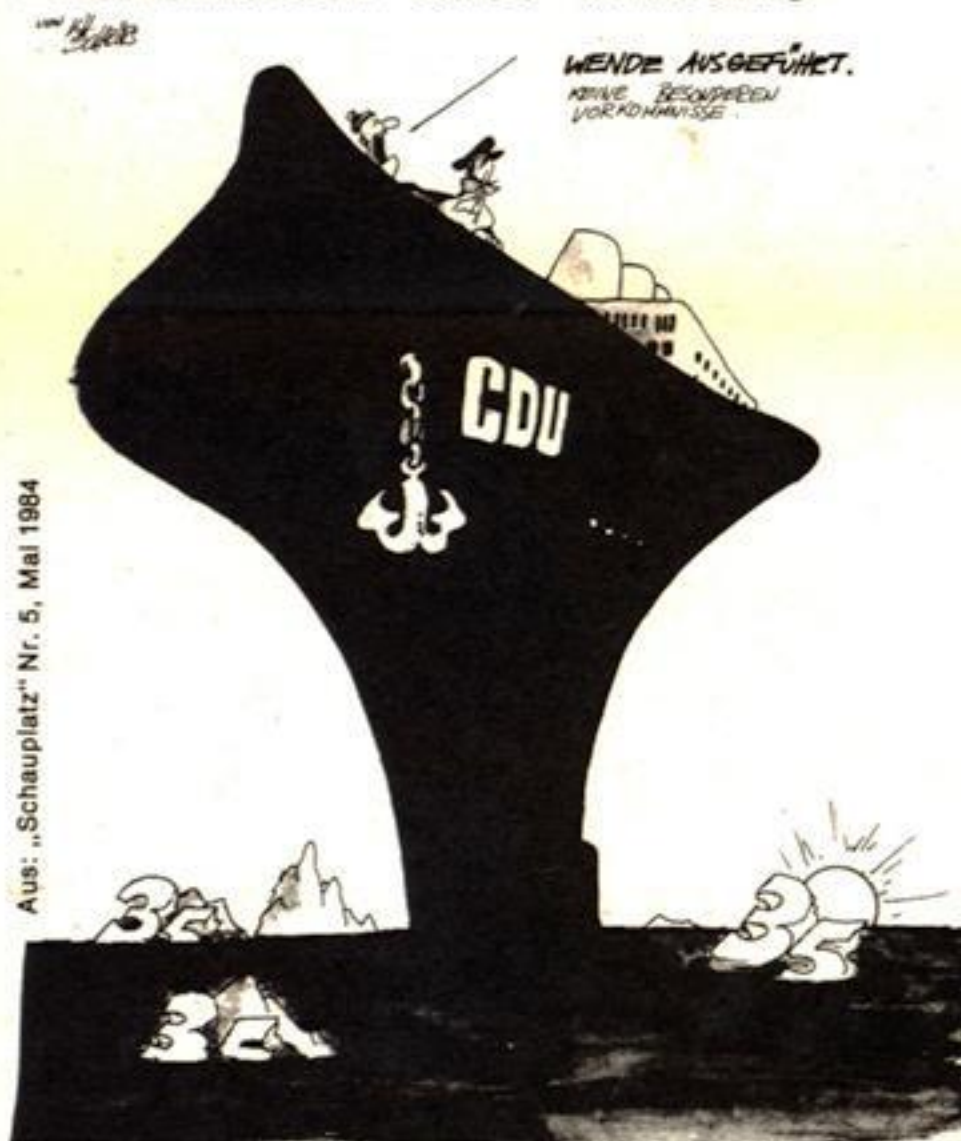
Nr. 10 April/Mai 1984

Zeitung der Kommunistischen Studenten



Die neueste Ausgabe von „Zwischenruf links“, der Zeitung der Kommunistischen Studenten, ist Ende April erschienen. Sie enthält unter anderem Artikel über „Hochschulen im Sozialismus“ und zum 10. Jahrestag der Revolution in Portugal. Zu bestellen zum Preis von 1,— DM beim Verlag RM, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30 (zzgl. Porto).

Karikatur der Woche



Aus: „Schauplatz“ Nr. 5, Mai 1984

Eingesandt aus Gelsenkirchen
Sportlerinitiative für die
35-Stunden-Woche

Eine interessante Initiative ergriff die ASG Ückendorf am 1. Mai in Gelsenkirchen. Der Taekwondo-Club verbreitete ein Flugblatt „Sportler für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und 7-Stunden-Tag!“, das auf der Maikundgebung des DGB guten Absatz fand. Wir geben den Text des Flugblattes im folgenden wieder.

Viele Kollegen werden sich erst mal darüber wundern, weshalb ein Sportverein den Kampf für die 35-Stunden-Woche unterstützt. Es gibt aber drei gute Gründe dafür.

Argument Nr. 1:

Die hohe Arbeitslosigkeit hat dazu beigetragen, daß wir die Mitgliedsbeiträge für Arbeitslose senken mußten. Dieses Geld fehlt nun natürlich in der Vereinskasse. Veranstaltungen wie Lehrgänge, Turniere usw. können nicht mehr in dem nötigen Maße durchgeführt werden wie früher. Deshalb brauchen wir die 35-Stunden-Woche als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Argument Nr. 2

Mit der Arbeitslosigkeit als Druckmittel ist die Arbeitshetze gestiegen. Die Folge davon ist, daß die Sportler total übermüdet und abgehetzt zum Training erscheinen. Meistens kommen sie auch noch unpünktlich, weil sie sich nach der Arbeit bis zum Trainingsbeginn ein Stündchen hinlegen, und dann verschlafen sie natürlich, kommen zu spät oder kommen am Trainingstag überhaupt nicht. Die sportlichen Erfolge bleiben dann natürlich aus. Dies gilt nicht nur für Sportvereine, sondern für alle Vereine und Gruppen.

Argument Nr. 3

Gegen flexible Arbeitszeit und für den 7-Stunden-Tag. Es gibt einige Großunternehmen, die uns die flexible Arbeitszeit als fortschrittlich und mit viel zusätzlicher Freizeit verbunden verkaufen wollen. Die Wahrheit aber ist, daß sie durch mehr Schichtarbeit die optimale Ausnutzung ihrer Maschinen erreichen wollen. Das würde heißen, daß unser Lebensrhythmus, die Einteilung der Freizeit allein von der Maschine abhängt.

Denn flexible Arbeitszeit bedeutet auch gleichzeitig flexible Freizeit. Flexible Freizeit bedeutet aber gleichzeitig, daß man die Freizeit nicht mehr planen und sinnvoll gestalten kann. Unser Sportverein — und

auch andere Vereine — haben aber feste und geregelte Trainingszeiten. Bei einer flexiblen Arbeitszeit können diese Trainingszeiten nicht mehr eingehalten werden. Die Folge wäre, daß der Trainingsbetrieb zurückgeht oder ganz eingestellt werden muß.

Dies würde auch andere Vereine — ebenso wie Gewerkschaften, Volkshochschulen und Abendschulen, in denen Arbeiter organisiert sind oder sich weiterbilden — treffen. Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften können auf diese Weise geschwächt werden, denn die flexible Arbeitszeit würde regelmäßige und geplante Treffs unmöglich machen.

Man sieht also, würde die flexible Arbeitszeit überall eingeführt, würde das politische, kulturelle und sportliche Niveau in der Bundesrepublik sinken. Das einzige, was wir für unsere Freizeit hätten, wäre Fernseher und Video. Wir wollen aber kein Volk von Videoten sein, sondern Menschen, die ihre Freizeit sinnvoll mit Sport und Kultur gestalten.

Deshalb unterstützt unser Verein, die A.S.G. Ückendorf, den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ohne flexible Arbeitszeit.

Wir hoffen, daß noch andere Vereine unserem Beispiel folgen!



Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für die Partei	
I.N., Lünen	200,—
LBV Hamburg-Untereibe	55,—
KPD Westberlin	430,—
Genossin aus Hamburg	500,—
LBV Hessen	185,—
LBV Weser-ems	209,50
H.L., Köln	20,—
Buchladen RM Bremen	75,—
P., Klausdorf	2,—
Histed, Canada	2,—
H.J.J., Westberlin	17,—
insgesamt	1665,50

Damit sind in diesem Jahr insgesamt 11478,— DM Spenden für die Partei bei uns eingegangen.

Spenden für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche

Genossin aus Hamburg	500,—
Zelle Bayer, Leverkusen	100,—
D.K., Hamburg	150,—
insgesamt	750,—

Damit sind für diese Kampagne 6470,— DM Spenden bei uns eingegangen.
Schönen Dank!

Internationalismus

DATEN, FAKTEN
DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe von Irland bis Lateinamerika von Afrika bis Asien

Schwerpunkt: immer da, wo DM mitmisch

WOCHENZEITUNG
DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ... ab Nr.
- Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM
- ☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM
- ☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
- ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Deine Spende
für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Bericht von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK

Am 20. und 21. April fand die ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK statt, zu der auch andere revolutionäre Organisationen als Gäste eingeladen waren. So waren als Gäste Vertreter der FAU, FAU (R), des KB, NHT, KG Ulm, der MLPD und unserer Partei anwesend. Die Materialien, mit denen sich die Konferenz beschäftigte, waren neben dem Tätigkeitsbericht des Zentralen Komitees, Arbeitsmaterialien, die die letzte Delegiertenkonferenz in Auftrag gegeben hatte. Diese Materialien beschäftigten sich mit Themen wie: Nationalismus und Stellung der Klassen dazu, Imperialismus und dritte Welt, Reformismus/Einheitsfront, zur Frauenpolitik und Kommunalpolitik.

Im Rahmen der Diskussion des Tätigkeitsberichts kam es zu einer ausführlichen Diskussion über die Einschätzung des Kampfes um die 35-Stunden-

Woche. In zwei Anträgen zu diesem Thema und in Beiträgen von Delegierten wurde die Einschätzung vertreten, daß man bei dem Kampf um die 35-Stunden-Woche von einem wichtigen Ereignis im Klassenkampf ausgehen muß und daß diese Forderung die Möglichkeit eröffnet, die Interessen der Arbeiterklasse gegen die sich verschärfende kapitalistische Ausbeutung voranzubringen. Sie verwiesen auch auf die Gefahren, die in den „Kompromißlinien“ wie Samstagsarbeit usw. steckten und forderten eine offensive Politik in der Gewerkschaftsbewegung für diese Forderung, gegen die faulen Kompromisse. In der Debatte, in der auch der Genosse unserer Partei unseren Standpunkt zu dieser Bewegung erläuterte, schätzte jedoch die Mehrheit der Redner die 35-Stunden-Woche als nicht geeignet für die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse ein und ging davon

aus, daß man schon jetzt von einer Niederlage der Arbeiterbewegung ausgehen müßte. Man ging davon aus, daß diese Forderung keine reale Basis in der Arbeiterbewegung habe, sondern, daß dies eine aus sozialdemokratischer Konzeption aufgesetzte Forderung sei. Die in Betrieben und Gewerkschaften vorhandenen Bedenken werden so auch im wesentlichen als Bedenken gegen die sozialdemokratisch-reformistische Konzeption und nicht als Ergebnis des Einflusses der Krisenpropaganda des Kapitals betrachtet.

In den Materialien lag den Delegierten auch ein Antrag zum Thema der „proletarischen Parteibildung“ vor, in der die Tätigkeit verschiedener revolutionärer Organisationen im Rahmen der Volksfront begrüßt wird, eine Frontbildung revolutionärer Sozialisten im wirtschaftlichen Kampf als bisher

ungenügend angesehen wird und der BWK dafür eintritt, daß dies vor allem im Hinblick auf Lohn- und Sozialpolitik, auf Mindestansprüche für staatliche Leistungen und gegen eine Ausweitung des Handlungsspielraums der staatlichen Unterdrückungsorgane vorangebracht wird.

Weitere Schwerpunkte sind die Propaganda gegen den BRD-Imperialismus und seinen aggressiven Charakter in der Welt sowie eine intensive Schulungstätigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus.

Am Schluß der Konferenz wurden 16 Arbeitsgruppen zu verschiedenen politischen Fragen eingerichtet, unter anderem auch zu den Themen, zu denen schon zu dieser Konferenz Materialien vorgelegt haben. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden in Kürze in einer Sonderausgabe der „Politischen Berichte“ erscheinen.

Im Kampf für den revolutionären Sozialismus

Die im folgenden abgedruckten Auszüge entstammen der Rede auf der 1.-Mai-Veranstaltung in Dortmund. Wir geben sie deshalb wieder, weil wir meinen, daß dabei der Vergleich zwischen den Verhältnissen in dieser bürgerlichen Gesellschaft und im Sozialismus ebenso einigermaßen deutlich gemacht werden, als auch einige Fragen der Entwicklung der programmatischen

Am Ostermontag, beim Ostermarsch, fiel mir eine kleine Geschichte auf, die ich hier einleitend erzählen will. Am Info-Stand der Arbeitsloseninitiative war ein Transparent angebracht mit der Losung „Ohne Arbeit gehst du kaputt“. Als dann ein älterer, sichtlich abgearbeiteter Mann vorbei kam, blieb er lange stehen und sagte dann „Aber mit Arbeit auch“.

Und so ist es ja in der Tat, das stimmt ja, was er sagt. Während auf der einen Seite die Millionen Arbeitslosen fast schon alltäglich geworden sind, wird in den Betrieben die sogenannte Leistungsschraube immer mehr angezogen, wird rationalisiert, die Produktivität jedes einzelnen immer mehr erhöht.

Nicht zuletzt, weil sie eine Entlastung in beiden Bereichen bedeuten würde, stößt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf so massiven Widerstand des Kapitals und der Regierung. Weniger Arbeitslose, weniger Arbeitsetze — das wäre das Ergebnis der Durchsetzung dieser Forderung.

Im Mai-Aufbruch unserer Partei haben wir gesagt „Sozialismus schafft Arbeit für alle“. Und wenn wir davon sprechen, so meinen wir nicht diese Art Arbeit, die Frührentner und Herztode en masse produziert, sondern menschenwürdige Arbeit. (...)

Arbeit für alle — geht das denn? Niemand behauptet ja, die Einführung der 35-Stunden-Woche würde Arbeit für alle, das Abschaffen der Arbeitslosigkeit bedeuten. Was soll denn dann im Sozialismus gearbeitet werden? Wie soll denn das laufen? Was wird aus den ganzen Industriezweigen, die einfach überholt, veraltet seien, wie man es so oft hört? Was aus den neuen Techniken, die überall zum Einsatz kommen sollen? Ein Roboter in einer Montagehalle ist weder sozialistisch noch kapitalistisch, sondern einfach da.

Nun: Unsere Partei meint, daß Sozialismus und neue Technik kein Widerspruch sind, im Gegenteil. Nicht, daß es nicht Techniken darunter gibt, die grundsätzlich abzulehnen sind. Um ein Beispiel aus der Arbeitswelt zu nennen, nur eines von zahlreichen, die möglich wären, so denke ich, daß es keinerlei positiven Effekt haben kann, wenn jemand, der an einem Computer sitzt, durch verschiedenen Rückkopplungen faktisch jede Sekunde seines Arbeitstages unter Kontrolle steht. So eine Technik ist typisch kapitalistisch, zum Antreiben, zum Überwachen geeignet, nicht aber zum menschenwürdigen Arbeiten.

Die Frage bei Robotern, Chips, und wie es da alles heißt, ist doch nicht ob, sondern wie es eingesetzt wird. Allerdings meinen wir, daß Sozialismus auch heißen muß, eine möglichst produktive Wirtschaft zu haben, um auf dieser Grundlage eben die Arbeitszeit zu verkürzen, zu erleichtern, umzuorganisieren. Die Frage ist, ob man mit diesen technischen Fortschritten Arbeitslose produziert, um die

Kosten immer mehr zu senken, um immer mehr Profit anzuhäufeln.

In der Tat eröffnet die Überlegung, man würde alle diese Milliarden, die da als Dividende ausbezahlt werden, die da im Ausland investiert werden, die da als Reserve in den Tresoren der Großkonzerne liegen oder mit denen an Finanzmärkten spekuliert wird, alle diese Milliarden, die aus der Arbeit in den Betrieben entstanden sind, für eine andere Wirtschaftspolitik zur Verfügung haben, enorme Perspektiven.

Im 12-Punkte-Programm unserer Partei zum Sozialismus in Deutschland heißt es dazu unter (3), daß Banken und Versicherungen, Fabriken und große Kaufhäuser, Höfen und Schächte, großes Wohnungseigentum und die Reste des Grundbesitzes entschädigungslos enteignet werden sollen: Und in der Tat ist das die erste Voraussetzung dafür, eine andere Gesellschaft, ohne Ausbeutung, den Sozialismus zu schaffen. Aber man sieht doch schon, wie eine solche Forderung wie die nach der 35-Stunden-Woche bekämpft wird, und dies, weil die Kapitalisten dabei draufzahlen müßten, weil sie ihren Plänen zuwiderläuft, die in eine ganz andere Richtung, auf „Schluß mit dem Sozialklimbim“ auf „Weg mit den Schutzvorschriften“ usw. Und was sie alles für ihre Position in Bewegung setzen, über ihre eigenen Verbände, über die Regierung, der sie die Regierungserklärung geschrieben haben, über Presse, Fernsehen und Meinungsmacher, das ist schon beeindruckend ebenso wie ihre Skrupellosigkeit. Die bisherigen Urabstimmungen haben ja, bei aller Schwierigkeit deutlich gezeigt, wie verlogen die monatliche Kampagne war, die sie mit ihren Umfragen gemacht haben, die Warnstreiks haben das bestätigt.

Aber welche Macht haben denn die Arbeiter, die Werktätigen dagegen zu setzen, gegen diesen Apparat, den das große Geld da in Bewegung gesetzt hat? Gut, sie haben ein Pfund, mit dem sie wuchern, das sie einsetzen können — das ist der Streik. Unsere Partei hat sich nach ihren bescheidenen Kräften dafür eingesetzt, daß er zustandekommt, nicht, weil wir streikgeil sind, sondern weil es not tut, wegen der Sache. Ich denke, sie war damit gut beraten, die vorhandene Bewegung nach Kräften zu stärken und nicht diese oder jene Kritik in den Vordergrund zu stellen oder sich gar von der ganzen Bewegung abseits zu halten, die nun einfach die gegenwärtig mit Abstand wichtigste Bewegung in der Arbeiterschaft ist.

Aber: Das Mittel des Streiks soll kaputtgemacht, neutralisiert werden durch die Aussperrung, unter dem Motto einer angeblichen Kräftegleichheit. Viel zu wenig wird unserer Meinung nach unter vielen fortschrittlichen Kräften darauf geachtet, daß mit der Aussperrung eines der allergrundlegendsten demokratischen Rechte, eben das Streikrecht, ausgehöhlt werden soll wogegen entschlossener Wi-

debatte in unserer Partei, was gültig bleibt und was zu ergänzen ist aufgrund der gemachten Erfahrungen und Diskussionen. Dabei werden eine ganze Reihe von Fragen nur angerissen, trotzdem aber gibt der Redeauszug eine nützliche Zusammenschau dieser Fragen.

derstand not tut.

Und was haben die Arbeiter sonst noch? Sie haben die Betriebsräte. Die sind gerade eben frisch gewählt, mit recht vielen Auseinandersetzungen darum, bessere Betriebsräte zu bekommen, anstelle von Partnern des Chefs echte Interessenvertreter der Belegschaft. Und sicher hat es da in den letzten Jahren manchen Fortschritt gegeben, an dem viele, auch unsere Partei, beteiligt waren.

Aber wie wenig Rechte haben diese Betriebsräte, die doch eigentlich das einzige Organ sind, das von allen Arbeitern und Angestellten gewählt wird, von daher eigentlich ein Organ mit großer Autorität. Aber ihnen hat man, im Gegensatz zu den Studentenschaften, wo dies erst in den 70er Jahren ausdrücklich geschah, das sogenannte politische Mandat schon lange genommen, im Jahre 1922, als sie als Alternative zu den Arbeiterräten aus der 18er Revolution aufgebaut wurden — die Nazis haben sie verboten, Adenauer, sehr beschränkt, wieder zugelassen, und auch die 72er Reform des BVG hat sie in dieser im entscheidenden rechtlichen Stellung belassen, durch zahlreiche gesetzliche Verpflichtungen eingebunden.

Aber selbst diese geringen Rechte der Betriebsräte kummern die Kapitalisten, selbst wenn es nur etwas Sand im Getriebe sein kann. Deshalb werden jetzt schon Attacken gegen die Betriebsräte insgesamt lanciert, sie seien den Betrieben zu teuer usw. — das hat System und ist weder Zufall noch kuriose Erscheinung. Deshalb wird mit den Mitteln einer angeblich unabhängigen Justiz das Recht der Betriebsräte immer weiter eingeschränkt, dafür stehen allein '84 drei Urteile an.

Und was gibt es außerhalb der Betriebe für Organe? Nichts, denn man läßt von oben erst gar nichts aufkommen.

Was kümmert es die Regierung in Bonn, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung gegen neue Raketen ist? Volksbefragung oder ähnliches kommt gar nicht in Frage, ihr habt gewählt und damit basta. Oder eine neue Startbahn? Volksbefragung? Pustekuchen! Ihr habt gewählt und damit basta!

Nun gibt es ja auch von Seiten beispielsweise liberaler, durchaus auch fortschrittlich gesinnter Kreise, Einwände gegen solche Methoden wie Volksentscheid. In der Regel wird dann so argumentiert, daß auf diese Weise auch die Wiedereinführung der Todesstrafe kommen könnte. Wobei unverständlich ist, warum ausgerechnet ein solches Parlament wie das in Bonn gegen die Todesstrafe ein Wall sein soll — sie lassen ohne weiteres den alltäglichen Todesschuß der Polizei durch, und wie viele Menschen sind daran in den letzten Jahren gestorben. Und diese Todesschüsse passieren ja nur auf der Grundlage von Ausbildung, Ausrüstung und Einsatzorientierung für die Polizei, die politisch vorgegeben sind, wie auch die Hetzkampagne gegen Ausländer beispielsweise kei-

neswegs gegen den Willen des Parlaments geschieht. Nein, wir sind für Volksentscheide, für Kampagnen solcher Art.

Im Parteiprogramm der KPD wird deutlich unterstrichen, daß wir für die Rätemacht sind, eine Macht, von der die Betriebsräte aufgrund der Entwicklung und der Realität, der Kern sein müssen.

Rätemacht, das heißt politische Macht der Arbeiterklasse. Das ist das politische Ziel, das die Arbeiterbewegung seit der Errichtung der Pariser Kommune hat, eine Zielsetzung, die gegen die Entwicklungen im Lager des sogenannten realen Sozialismus beibehalten werden muß. Das heißt eben, daß gewählte Vertreter nicht tun und lassen können, was sie oder irgendwelche Hinterleute wollen, sondern daß sie jederzeit ihrem Wähler verantwortlich, absetzbar sind. Das heißt, daß die Tagesarbeit in der Politik, oder wie man es nennen soll, eben nicht durch ein bürokratisch kontrolliertes und aktives Beamtentum gemacht wird, sondern daß der Beamtentum überhaupt abgeschafft wird, eine Verwaltung nur noch — weitgehend verkleinert — auf der Grundlage von Angestellten geschieht, die politisch kontrolliert sind. Eine vereinfachte Verwaltung ist leicht möglich, denn im Gegensatz zur alltäglichen Propaganda in der BRD, die sich wiederum am sogenannten realen Sozialismus orientiert, ist es der kapitalistische, der bürgerliche Staat, der einen bürokratischen Moloch darstellt, der Computerstaat, der Staat der Formulare von der Wiege bis zur Bahre. Unter Entbürokratisierung, das zeigen Blüms Aktivitäten, verstehen die Unternehmer und ihre Politiker ihre Geschäftsfreiheit, sonst gar nichts. Und ein solches Rätensystem setzt eine demokratisierte Justiz mit der Wählbarkeit der Richter, Schöffengerichten auf allen Ebenen der Übernahme der Betreuung durch gesellschaftliche Organisationen in minderen Fällen voraus, so wie es, im Gegensatz etwa zur DDR, heute in Albanien der Fall ist. Dazu sei hier gesagt: Unsere Partei hat im Laufe der Jahre einiges dazugelernt, gerade auch, was das unkritische Herangehen an Vorbilder usw. betrifft. Es geht nicht um Übernahme von Modellen irgendwelcher Art. Aber es geht schon darum, zu sehen, daß das, was in der SVRA geschieht, sich grundlegend von dem unterscheidet, was im sogenannten realen Sozialismus passiert, das dort wirklich Maßnahmen getroffen werden, die sich genau zu betrachten lohnt.

Es geht schließlich auch darum, daß in solch einem System die Funktionäre, die gewählten Vertreter usw. keine, wirklich keine materiellen Privilegien haben dürfen, weil das automatisch eine Abkapselung zumindest fördert. Ganz so, wie es schon Karl Marx formulierte: für einen durchschnittlichen Arbeiterlohn müssen sie arbeiten. Natürlich gibt das in der Regel ein großes Geschrei, von wegen, das sei undemokratisch,

chaotisch usw. Nun, was die Arbeiterklasse, die Werktätigen, alle möglichen Minderheiten usw. betrifft, bestimmt nicht. Nicht nur, daß schon die Pariser Kommune einen Ausländer in der Regierung hatte, das schon immer in solchen Staaten ausländische Bürger das volle Staatsbürgerrecht hatten, daß dies auch hier so sein muß. Nicht nur auch, daß solche Bedingungen überhaupt erst die Grundlage — mehr noch nicht — dafür schaffen, zu einer wirklichen Gleichberechtigung der Frau zu gelangen. Ein eigenständiger Kampf darum bleibt nötig.

„Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ — um diesen Satz von Rosa Luxemburg gab es schon große Auseinandersetzungen. Damit ist offensichtlich gemeint, daß solch ein System nur leben und sich entwickeln kann mit einer breiten gesellschaftlichen Debatte, und das stimmt ohne Zweifel. Was nicht stimmt, ist, daß dies ein Freibrief für alle Reaktionäre sein soll, ihr Treiben fortzusetzen.

Ein ganz entscheidendes Moment dabei, und das sollte man gerade hier unterstreichen, ist die in unserem Parteiprogramm geforderte Volksbewaffnung. Das ist weder militaristisch noch blutgierig oder hirnlose Utopie. Es ist im Gegenteil eine der entscheidenden sozialistischen Forderungen. Die Abschaffung des stehenden Heeres, die Macht nicht in die Hände eines sogenannten „staatlichen Gewaltmonopols“ mit dem die Reichen in diesem Land so viel Schindluder betreiben.

Kontrollierbar und verfügbar muß diese Macht sein, eine Volksmiliz, wie sie auch in Europa immer dann, wenn es echte sozialistische Massenbewegungen gab, wie in der CSSR 1948, auch sofort als Arbeitermiliz erschien. Militaristisch ist es, wenn immer weiter aufgerüstet wird, Militärproduktion sich ausbreitet, wenn das Ehrenwort der Offiziere plötzlich wieder ein politischer Faktor wird, wenn Traditionserlasse und Blechverteilung an der Tagesordnung sind, bei Zapfenstreichen wahre alte Kameraden, und mögen sie auch jung sein, aufmarschieren. Militaristisch ist es, wenn sich alle ganz besonders der Offiziere annehmen, ihnen die Beförderung erleichtern und so weiter und so fort. Volksmilizen sind dazu da, Freiheiten zu erringen, zu sichern, nicht, sie abzuschaffen. Dazu helfen keine Glaubensbekenntnisse, dafür hilft die politische Macht und eindeutige Verhältnisse, klare Bestimmungen.

Und hier ist es so, daß auch unsere Partei dazugelernt hat, daß sie in der Diskussion der Erfahrungen seit der Verabschiedung jener 12 Programmpunkte dazu gekommen ist, zu betonen, daß es eindeutige Garantien für politische Rechte geben muß und eindeutige Ablehnung aller gummiartigen Bestimmungen.

Die Ereignisse in Polen, die ja keineswegs mit der Gründung von Solidarnosc begonnen haben, sondern mindestens zehn Jahre vorher, haben in aller Deutlichkeit gezeigt, daß es dringend not tut, daß die Arbeiter auch unter den sozialistischen Bedingungen die Freiheit haben müssen, sich in Gewerkschaften zu organisieren, die erst einmal Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft sind, daß sie Macht auch im Betrieb selbst haben müssen und so weiter. Das hat zunächst einmal recht wenig zu tun mit einer konkreten Beurteilung von Solidarnosc selbst, obwohl die revisionistische Behauptung,



das seien alles und ausschließlich Reaktionen und von ihnen Verführte, angesichts der Breite dieser Bewegung in der Arbeiterschaft schon an sich eine totale Bankrotterklärung der revisionistischen Partei Polens ist.

Ebenso erscheint es nun deutlich, daß, wie es schon in Lenins Parteiprogramm stand, es die Gewerkschaften sein müssen, die die entscheidende Rolle bei der Wirtschaftsplanung spielen müssen und keine Planbürokratien. Wir denken, daß, wenn heute in der SVR Albanien sich jeder vierte Arbeiter ausführlich zur Plandebatte geäußert hat, wenn dort heute dazu übergegangen wird, konkret in Stückzahlen anstatt in Preisen zu planen, daß dies erneut einen entscheidenden Unterschied zur DDR und den anderen Staaten des RGW bedeutet.

Solche Bestimmungen wie die in der DDR, daß man für Informationen, die man weitergibt und die den „Interessen des Staates“ schaden könnten, bestraft wird, so etwas darf es nicht geben. Weil es natürlich so ist, daß im Prinzip jede geäußerte Kritik so interpretiert werden kann, daß sie den Interessen des Staates schaden.

Mit Gummiparagrafen sind auch solche Bestimmungen gemeint wie das sogenannte Rowdytum oder die „staatsfeindliche Hetze“. Es sind unsere Genossen, die wegen diesem letzten Paragraphen, wegen ihrer politischen Aussagen für bis zu acht Jahre ins Gefängnis wanderten. Daran finden wir ebenso wenig Sozialistisches wie an der Behandlung der Friedensbewegung, wie an solchen Tatsachen, daß in Berlin ein Bauarbeiter ein Jahr ins Gefängnis mußte, weil er sagte, man müsse es machen wie in Polen. Das sind alles noch keine Fragen, über die man zuerst inhaltlich urteilen mußte, um entscheiden zu können, ob das eine sozialistische Vorgehensweise ist — sie ist es nicht. In keinem Fall, denn selbst, wenn jemand falsche politische Meinungen vertritt und verbreitet, ist es nicht sozialistisch, dagegen mit Gefängnis vorzugehen.

Das ist gemeint, wenn wir sagen, unsere Partei hat dazu gelernt über die Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus, über die Verankerung bestimmter Rechte, wo es einfach nicht so sein darf, daß der Sozialismus hinter die wenigen politischen Rechte der bürgerlichen Demokratie zurückfällt. Wo sie hier auf dem Papier stehen, wie beispielsweise, wenn man es realistisch betrachtet und nicht am Stammtisch, die Frage der Meinungsfreiheit angesichts von Pressekonferenzen, Anzeigendiktat und Kabelfernsehen, da muß sie der Sozialismus im Gegenteil verwirklichen. Die Macht der Arbeiterklasse in einem so geprägten sozialistischen Staat, das ist es, was wir als revolutionären Sozialismus bezeichnen, das ist es, wofür unsere Partei eintritt, und wer dieses Ziel teilt, sollte auch in diese Partei eintreten.

Drei Jahre nach den großen Unruhen in Kosova, der Jugoslawischen Republik, in der viele Menschen albanischer Nation leben, liest man nur noch ab und zu vom Schicksal dieser Menschen. In kleinen Meldungen unter „Verschiedenes“ im internationalen Teil der Zeitungen wird vor allem von Ge-

richtsverfahren und Urteilen gegen albanische Bewohner Kosovos berichtet. Ihr Schicksal ist auch Thema des nachfolgenden Appells, der von aus Jugoslawien stammenden albanischen Kollegen am 1. Mai in der Bundesrepublik verbreitet wurde.

Brot, Arbeit, Freiheit, Republik ...

Mit diesen gerechten Forderungen gingen vor drei Jahren hunderttausend albanische Demonstranten in Kosova/Jugoslawien auf die Straße. Statt diese gerechten Forderungen anzuerkennen, befahl die Regierung von Belgrad den Militär- und Polizeieinheiten, auf die friedlichen Demonstranten zu schießen, wobei hunderte erschossen und verletzt wurden. Während der letzten drei Jahre wurden über 6500 Albaner verhaftet, viele tausend sind von ihren Arbeitsplätzen, aus den Schulen und der Universität entfernt worden.

Kollegen und Kolleginnen, anlässlich des 1. Mai, des internationalen Tages der arbeitenden Menschen in der ganzen Welt, wenden wir albanischen Arbeiter aus Kosova uns an euch mit dem

Appell um Unterstützung und internationale Solidarität!

Wir sind überzeugt, daß die Lage in Kosova, wo in den letzten drei Jahren blutiger Terror geübt wird, jeden Menschen, der für Freiheit, Gerechtigkeit und gerechten Weltfrieden ist, betroffen machen wird.

Als Kollegen haben wir alle die gleichen Sorgen. Gemeinsam demonstrieren wir nicht nur gegen die Arbeitslosigkeit, sondern auch gegen die Ausbeutung, Ungerechtigkeit, Hunger, imperialistische Kriege und den Wahnsinn der Aufrüstung der Supermächte. Aber unser Volk in Jugoslawien, wie auch die Völker in El Salvador, Afghanistan, Libanon und andere, hat der blutige Terror getroffen.

Jugoslawien ist ein Vielvölkerstaat. Fast die Hälfte der albanischen Bevölkerung lebt in Kosova (eine autonome Provinz in Jugoslawien). Die andere Hälfte lebt im Heimatstaat — Albanien. Das albanische Volk in Jugoslawien ist das drittgrößte Volk nach den serbischen und kroatischen Völkern. Aber es ist am stärksten von der Armut, Arbeitslosigkeit und diskriminierender und assimilierender Politik betroffen. Gegen diese Ungerechtigkeiten, und um die elementarsten sozialen und nationalen Rechte zu fordern, ging unser Volk friedlich auf die Straße im Frühling 1981. Diese Demonstrationen, auch wenn sie damals blutig unterdrückt wurden, dauern bis heute noch in allen möglichen Formen an, trotz des Ausnahmezustands, der am 2. April verhängt wurde und bis heute dauert. In den damaligen Demonstrationen hat unser Volk

Brot, Arbeit, Freiheit, Republik

gefordert.

Brot — Unser Volk lebt auf fruchtbarem Boden. Es erzeugt mehr Getreide als Bedürfnisse da sind. Das Belgrader Regime, das dem Westen und dem Osten gegenüber hoch verschuldet ist, raubt unserem Volk das Brot, das es zum Leben braucht, um diese Schulden zu bezahlen. Deswegen hungert unser Volk

jetzt. Und die Lage verschlechtert sich immer noch ...

Arbeit — Unser Volk ist mehr als jedes andere Volk in Europa von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nur jeder 15. Albaner in Kosova ist beschäftigt. Außerhalb von Kosova ist die Arbeitslosigkeit der Albaner noch höher. Die beschäftigten Albaner verdienen am wenigsten in Jugoslawien, sogar dreimal weniger als die Beschäftigten in der Republik Slowenien. Über 150.000 Albaner waren gezwungen, im westli-

che Ausland zu arbeiten, viele von uns sind auch hier von der Arbeitslosigkeit betroffen. Weitere 150.000 sind arbeitslos in Kosova, ohne jede Hilfe. Der Internationale Währungsfond (IWF) „zwingt“ das Belgrader Regime zu einer Politik, die zur Zeit über 600.000 Arbeitsplätze gefährdet. Die meisten davon in Kosova. Der IWF bestimmt, welche Fabrik in Jugoslawien schließen muß. Und das Belgrader Regime palavert über „Selbstverwaltung“. In Jugoslawien gibt es zur Zeit über 1 Million Arbeitslose.

Freiheit — Unserem Volk fehlt jede elementarste Freiheit. Seit dem 2. April 1981 fehlt unserem Volk das Recht zum Leben ... Kein Albaner — mit Ausnahme regimetreuer Funk-



Die Flagge mit dem albanischen Adler neben der jugoslawischen Staatsflagge — eine Protestaktion in Kosova

chen Ausland zu arbeiten, viele von uns sind auch hier von der Arbeitslosigkeit betroffen. Weitere 150.000 sind arbeitslos in Kosova, ohne jede Hilfe.

Der Internationale Währungsfond (IWF) „zwingt“ das Belgrader Regime zu einer Politik, die zur Zeit über 600.000 Arbeitsplätze gefährdet. Die meisten davon in Kosova. Der IWF bestimmt, welche Fabrik in Jugoslawien schließen muß. Und das Belgrader Regime palavert über „Selbstverwaltung“. In Jugoslawien gibt es zur Zeit über 1 Million Arbeitslose.

Die Forderung: „Arbeit zu Hause, bei ihren Familien, für die Gastarbeiter“ wird von dem Belgrader Regime als „staatsfeindlich“ eingestuft. Betroffen sind insbesondere die albanischen Gastarbeiter; hundert von uns wurden verhaftet, als wir in den Urlaub fahren, weil wir an Demonstrationen im Ausland teilgenommen haben, wie z.B. an Demonstrationen zum 1. Mai.

Republik — Unserem Volk fehlt jede elementarste Freiheit. Seit dem 2. April 1981 fehlt unserem Volk das Recht zum Leben ... Kein Albaner — mit Ausnahme regimetreuer Funk-

Gefangenen werden gefoltert, so daß viele an Folterungen sterben. Über 1000 Schüler der Volksschule sind wegen „nationalistischer“ und „irredentischer“ Aktivitäten von der Schule entfernt und haben Schulverbot bekommen.

Mehrere tausend Arbeiter, Lehrer, Universitätsprofessoren, Angestellte, Studenten, Wissenschaftler sind vom Arbeitsplatz, von der Schule und von der Universität entfernt worden und haben Berufsverbot bekommen.

Auch an diesem 1. Mai, an dem überall in der Welt — außer dort, wo faschistische Regimes und Militärdiktaturen herrschen — die arbeitenden Menschen demonstrieren, an diesem Tag haben die arbeitenden Menschen in Kosova kein Recht zu demonstrieren. Dies beweist, daß das Belgrader Regime nie sozialistisch und demokratisch gewesen ist, auch wenn es dies in demagogischer Weise für sich beanspruchte.

Republik für Kosova — In Jugoslawien haben die anderen sechs (slawischen) Völker eigene Republiken im Rahmen des Bundesstaates. Nur dem albanischen Volk in Kosova und

dem ungarischen Volk in Vojvodina wurde das Recht auf eine eigene Republik verweigert. Diese beiden autonomen Provinzen wurden von der Republik Serbien gleich nach dem zweiten Weltkrieg besetzt. Die jugoslawische Verfassung garantiert jedoch jedem Volk „Selbstverwaltung“. Im Fall des albanischen Volkes und des ungarischen Volkes verwehrt das Belgrader Regime dieses Verfassungsrecht. Die albanischen Gebiete sind heute noch zu über 80 Prozent von Albanern bewohnt, trotz der assimilierenden Politik, die von Belgrad ausgeübt wurde. Es gibt etwa 2,5 Millionen Albaner in Jugoslawien. Aber es gibt nur etwa 0,5 Millionen Montenegriner. Wieso dann können die Albaner keine Republik haben, wenn die Montenegriner bereits seit dem zweiten Weltkrieg eine haben!? Die Großserben versuchen durch verleumderisch chauvi-

nistische Propaganda zu verheimlichen, daß sie die feste Absicht haben, Kosova weiterhin als Kolonie zu behandeln. Aber das albanische Volk in Jugoslawien ist fest entschlossen, sich nicht unterdrücken zu lassen, bis ihm das Recht auf Gründung einer eigenen Republik zuerkannt wird!

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir hoffen, daß ihr unser Volk und dessen gerechte Forderungen unterstützen werdet und den Terror des Belgrader Regimes gegenüber dem albanischen Volk verurteilt.

Das Belgrader Regime treibt verschiedenartige Abenteuer, um seine eigene ungerechte Politik zu maskieren. Um die Völker Jugoslawiens weiter unterdrücken zu können, „betzelt“ das Belgrader Regime um Kredite und Hilfe bei westlichen Regierungen und Banken. Jetzt schuldet Jugoslawien — bei 22 Millionen Einwohnern — den westlichen Regierungen und Banken über 38 Milliarden US-Dollar. Dies gab der Direktor der Nationalbank Jugoslawiens vor ein paar Tagen bekannt. Der Sowjetunion und deren Vasal-



Jugoslawische Panzer fahren in der Provinzhauptstadt Pristina in Kosova auf. Ein Bild aus dem Herbst 1981, als die großen Unruhen stattfanden.

len, die zur Zeit „schweigen“, schuldet Jugoslawien über 20 Milliarden SU-Rubel. Aus diesem Grund hat das Regime die Spareinlagen der „Gastarbeiter“ in Höhe von 9 Milliarden Dollar in das Schuldenloch gebuttert.

Die hohen Schulden haben den Mangel an lebensnotwendigen Waren, die die Völker Jugoslawiens für sich brauchen, wie Speiseöl, Fleisch, Getreide, Zucker, Salz, Waschpulver, werden für harte Devisen billig ins Ausland verkauft. Durch diese Politik ist das Belgrader Regime ein Vasall von Supermächten und Kreditgebern geworden. Von außen scheint es so, als ob das Belgrader Regime eine „unabhängige“, „neutrale“, „Blockfreie“ Politik macht, was nicht der Wahrheit entspricht.

Diese abhängige, gefährliche Politik des Belgrader Regimes gefährdet den Frieden auf der „empfindlichen“ Balkanhalbinsel, wobei man von einem wirklichen Frieden nicht sprechen kann, solange in Kosova, de facto, der Ausnahmezustand herrscht.

Wir sind überzeugt, daß auch die Völker Jugoslawiens nicht mehr schweigen können. Sie schwiegen auch nicht, nur wird im Ausland zu wenig sachlich über Jugoslawien berichtet. Sie werden die Ausbeutung und die ungerechte Politik des Belgrader Regimes nicht länger dulden. Sie werden auch nicht tatenlos zusehen, wie das Belgrader Regime ihre Unabhängigkeit „verkauft“, denn die Völker Jugoslawiens haben sich die Unabhängigkeit mit Blut gegen die Nazifaschisten erkämpft! Sie können es nicht zulassen, daß der IWF und dergleichen in Jugoslawien regieren!

Wir sind auch überzeugt,

daß die Unterstützung der Proletarier, der Demokraten, der Kommunisten und der demokratischen fortschrittlichen Kräfte der Völker der Welt wachsen wird, um die chauvinistische Belgrader Regierung zu zwingen, unsere gerechten Forderungen anzuerkennen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir rufen euch auf, schließt euch alle den gerechten Forderungen unseres Volkes an:

- Freiheit für die politischen Gefangenen
- Rückzug von überflüssigen Militär- und Polizeieinheiten aus Kosova!
- Arbeit für alle, auch für alle „Gastarbeiter“, bei ihren Familien zu Hause!
- Status der föderativen Republik für Kosova!

Wir rufen alle gemeinsam:

- Es leben alle freiheits- und friedliebenden Völker der Welt!
- Es lebe der 1. Mai!
- Es lebe die internationale Solidarität!

Die Bewegung für die albanische Republik in Jugoslawien — BARJ*

* BARJ ist eine fortschrittliche Organisation, die das albanische Volk in Kosova vertritt, bis die gestellten Forderungen erfüllt sind. Unsere Bewegung wird alle friedlichen und demokratischen Mittel dazu benutzen, um das Belgrader Regime zu zwingen, die oben genannten Forderungen unseres Volkes anzuerkennen! Die BARJ ist aktiv hauptsächlich in Kosova, aber auch im Ausland, wo alle albanischen „Gastarbeiter“ und andere Exilalbaner Sympathisanten sind. Mehr kann jeder erfahren, wenn er mit uns Kontakt aufnimmt. Die Kontaktadresse ist: BARJ c/o Buchhandlung KB, Badhausstraße 35, CH-230 Biel/Bienne (Schweiz)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	34 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



1. MAI — INTERNATIONAL



Polen. — Auch mehr als zwei Jahre nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarnosc“ hat sich am 1. Mai in Polen die Arbeiteropposition gegen das Jaruzelski-Regime zu Wort gemeldet. Gegendemonstrationen und oppositionelle Blöcke bei den offiziellen Mai-Demonstrationen wurden aus Warschau, Danzig, Stettin, Breslau, Nowa Huta und Tschenstochau gemeldet. Viele tausend Arbeiter demonstrierten für ihre verbotene Gewerkschaft. In Danzig tauchte der ehemalige Vorsitzende der „Solidarnosc“ mit rund tausend Freunden plötzlich im Mai-Umzug auf. Der Block grüßte die Offiziellen auf der Ehrentribüne mit dem Siegeszeichen, enthielt Transparente mit dem „Solidarnosc“-Schriftzug und verschwand danach unbehelligt.

Nicht immer lief es so gut für die Arbeiter, bei vielen Demonstrationen griffen die berüchtigten Einheiten der Miliz „Zomo“ ein, nach Angaben des Regierungssprechers Urban wurden allein am 1. Mai 688 Gegendemonstranten festgenommen.

Am 3. Mai, dem Tag der Verfassung in Polen kam es nochmals zu großen oppositionellen Kundgebungen und Demonstrationen. „Solidarnosc“ ruft schon traditionell an diesem Tag zu Demonstrationen auf. In Warschau forderte ein Demonstrationzug von etwa 2000 Menschen die Freilassung aller politischen Gefangenen und rief immer wieder die Namen von Walesa und dem im Untergrund lebenden Chef der Warschauer „Solidarnosc“-Organisation Zbigniew Bujak. Auch am 3. Mai kam es dabei wieder zu heftigen Zusammenstößen mit den Polizeieinheiten des Staates.

Unser Bild zeigt Lech Walesa während des 1. Mai in Danzig.



Zu riesigen Mai-Demonstrationen kam es in vielen Städten Lateinamerikas. Unser Bild zeigt den Abschluß der ersten zugelassenen Maikundgebung in Santiago de Chile. Zigttausende waren zusammengekommen, als der Vorsitzende der Vereinigten Gewerkschaften Chiles, Rodolfo Seguel, sagte: „Solange das heutige Regime besteht, wird es in Chile keine Demokratie geben“, und erneut ein 21-Punkte-Programm vortrug, das von der Auflösung der Geheimpolizei bis zu Lohnerhöhungen die Plattform eines baldigen Generalstreiks sein soll. Die Kundgebung wurde massiv von Polizisten und Soldaten angegriffen, mindestens 80 Leute wurden verhaftet, über hundert verletzt.

Montevideo, die Hauptstadt Uruguays sah die größte Mai-Demonstration ihrer Geschichte. 220 000 Menschen versammelten sich gegen das Militärregime. Auch in Bolivien, in La Paz kam es zu einem kämpferischen 1. Mai: 80 000 demonstrierten nach einem dreitägigen Generalstreik vor allem gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Bei vielen Kundgebungen und Demonstrationen, auch in anderen Ländern, stand immer wieder die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Mittelpunkt der Kritik. In der Dominikanischen Republik, wo bei Unruhen und Protesten gegen die IWF-Politik Ende April zwischen 45 und 200 Menschen vom Militär umgebracht wurden, hatten die Gewerkschaften allerdings sämtliche Maikundgebungen abgesagt. Hingegen gab es im relativ stabilen Costa Rica erstmals seit Jahren wieder eine große gemeinsame Maikundgebung aller Gewerkschaften, die sich auch in erster Linie gegen die wirtschaftlichen Folgen des IWF-Diktats richtete.

US-Militärhilfe für Costa Rica

Neue Gefahren für Nicaragua

Bislang galt Costa Rica, südliches Nachbarland von Nicaragua als relativ neutral im Konflikt der USA mit der sandinistischen Revolution, bisher gab sich Costa Rica immer als Vermittler in der Region aus. Trotzdem hat es jahrelang den Rebellen des Konterrevolutionärs Eden Pastora Unterschlupf und sicheres Hinterland geboten. Der Staat, der seit 1948 kein stehendes Heer hat, indem die Sicherung der nationalen Souveränität auch Aufgabe der Polizeieinheiten ist, wird jetzt massiv von den USA militärisch aufgerüstet.

Anlaß für die US-Zusage verstärkter Militärhilfe waren die Vorwürfe aus Costa Rica sandinistische Luftwaffe hätte Angriffe auf ein costaricanisches Bergdorf geflogen. Außerdem sei es zu Schußwechseln zwischen nicaraguanischen Soldaten und costaricanischen Zivilgardisten gekommen. Gerüchte, zweitausend nicaraguanische Soldaten würden in Costa Rica operieren, wurden allerdings selbst in Costa Rica dementiert.

Anlaß der Konflikte ist die Tätigkeit der konterrevolutionären Guerilla des Eden Pastora. Diese Gruppe, die ARDE, hatte in letzter Zeit ihre Aktivitäten im Südosten Nicaraguas enorm verstärkt. Weltweit Aufsehen erregte die vorübergehende Blockade der Stadt Rio San Juan an der Atlantikküste Nicaraguas. Die ARDE, manchmal von regierungsmilitärischen Stellen in San Jose, der Hauptstadt Costa Ricas zwar verbal kritisiert, hat im Lande von den Behörden nichts zu fürchten. Im Gegenteil, sie unterhält ein legales Büro in San Jose, lädt dort laufend zu Pressekonferenzen ein und kann die Grenzgebiete des Landes als Hinterland für ihre konterrevolutionären Aktionen benutzen.

Im Kampf gegen die ARDE — genau in diesem Grenzgebiet — haben sich nun erstmals nicaraguanische und costaricanische Truppen Gefechte geliefert. Das ist zu erwarten gewesen, kann Nicaragua doch nicht zusehen, wie die Contras der ARDE mit dem Schritt über die Grenze in Sicherheit sind. Diese Grenzkonflikte haben jetzt die USA aufgegriffen. Der US-Botschafter Curtin Kinsor hat das State Departement nach Angaben der „Washington Post“ um

eine militärische Dringlichkeitshilfe in Höhe von zwei Millionen Dollar ersucht. Dabei handele es sich in erster Linie um leichte Waffen, Munition, Granatwerfer und automatische Waffen, berichtete die Zeitung am vergangenen Samstag.

Unterstützung bekommt Costa Rica bei seiner Aufrüstung gegen Nicaragua auch durch den nördlichen Nachbarn Nicaraguas, durch Honduras. Nachdem es an der dortigen Grenze schon lange zu Auseinandersetzungen kommt, hat Honduras jetzt Costa Rica große Hilfe angeboten. So hat der honduranische Präsident Córdova sogar militärische Hilfe für Costa Rica zugesagt, „für den Fall, daß die Umstände dies erfordern“. Auch der Außenminister von Honduras hat Costa Rica Unterstützung gegen eine eventuelle „schwere Aggression von Seiten Nicaraguas“ versprochen. Damit sind die Tatsachen mal wieder auf den Kopf gestellt. Das freie Nicaragua hat in den fast fünf Jahren seines Bestehens ziemlich deutlich gemacht, daß es keinerlei Forderungen territorialer oder sonstiger Art an seine Nachbarstaaten hat. Auf der anderen Seite sind diese Nachbarstaaten — Honduras vor allem — Ausgangspunkt verschiedenster permanenter Sabotageakte, militärischer Überfälle und Destabilisierungsversuche. Costa Rica scheint dabei jetzt, nach der bisherigen „Duldung“ der ARDE-Contras eine aktivere Rolle zu übernehmen.

Der Koordinator der Junta des Nationalen Wiederaufbaus Nicaraguas, Commandante Daniel Ortega, betonte am vergangenen Freitag in einer Rede vor dem Staatsrat in Managua, die Reagan-Regierung versuche alles, um aus Costa Rica eine

US-Basis zu machen, wie sie es bereits mit Honduras getan habe. Die Tätigkeit der ARDE-Contras, von Costa Rica aus, so Ortega, könne zu einer „militärischen Situation“ führen, die nicht dem Willen beider Länder entspreche.

Ortega forderte die Staatshäupter der Länder Mittelamerikas zu einem Gipfeltreffen auf. Davon wird aber nicht allzuviel zu erwarten sein, nachdem das letzte Treffen der mittelamerikanischen CONTADORA-Staatengruppe, die sich um eine friedliche Lösung der Konflikte bemüht, erfolglos zu Ende ging. Nicaragua hatte im Herbst vergangenen Jahres einen 21-Punkte-Vertrag mitunterschieden, der schon sehr weitgehende Zugeständnisse für die sandinistische Regierung enthielt. Alle ausländischen Berater müssen danach das Land verlassen, Befreiungsbewegungen wie die FMLN in El Salvador dürfen von Nicaragua aus keinerlei Waffenlieferungen usw. mehr erhalten.

Bei den neuerlichen Verhandlungen der CONTADORA-Staatengruppe wurden weitergehende, neue Forderungen an Nicaragua gestellt, die aber nicht erfüllt werden konnten. Die Konferenz verlief ergebnislos.

So dient die neueste Entwicklung in Mittelamerika dazu, Nicaragua ganz fest in die Zange zu nehmen. Von Norden her über Honduras, wo Zehntausende US-Soldaten „gemeinsame Manöver“ mit honduranischer Armee machen, von Süden her über ein aufgerüstetes Costa Rica und über die beiden Meere, den Atlantik und den Pazifik, wo die US-Marine seit Monaten große Verbände kreuzen läßt.

Britische Bergarbeiter kämpfen weiter

„POLMAISE (ein Zechenname, RM) ergibt sich nicht“, steht auf dem Transparent mit dem hier schottische Bergleute ihre Kampfentschlossenheit demonstrieren.

Im Kampf gegen das riesige Zechenstilllegungsprogramm der Regierung Thatcher kam es in der vergangenen Woche zu den bisher größten Blockadeaktionen von Streikposten. In Nottinghamshire, dem einzigen britischen Kohlrevier, in dem der Streik nicht voll befolgt wird, hatten sich 10 000 Kumpel aus verschiedensten Kohlrevieren versammelt. Sie mußten zum Teil kilometerweit zu Fuß gehen, um die Straßensperren der Polizei zu umgehen. Durch ihre Aktion schafften sie es, daß lediglich 200 Bergleute unter starkem Polizeischutz an die Arbeit gehen konnten.

Die Blockadeaktionen bei einer der wenigen überhaupt noch fördernden Zechen wurde wieder zum Anlaß für einen brutalen Polizeieinsatz genommen. Bei den Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikposten wurden mindestens 21 Personen festgenommen. Die staatliche



Kohlebehörde NCB sprach von einer „Einschüchterungsaktion großen Stils“. Die Bergleute sehen in der immer weiteren Ausbreitung des Streiks das einzige Mittel, die geplante Stilllegung von 20 Zechen und die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze zu

verhindern.

Insgesamt sind jetzt von 175 Kohlebergwerken 129 durch die Kampfmaßnahmen der Kumpel geschlossen. Und die Kampffront steht auch noch nach so vielen Wochen und trotz der massiven Einschüchterung der Polizei.

Meldungen

Terror in Israel

Erstmals sah sich jetzt die israelische Polizei gezwungen, gegen rechtsextremistische, faschistische Terrorgruppen vorzugehen. Zwölf Mitglieder ultrarechter Vereinigungen, die mit Mordanschlägen und Massakern die „Endlösung der Palästinenserfrage“ betreiben, wurden festgenommen. Die Zeitung „Jerusalem Post“ gab bekannt, daß diese Personen „aus dem Herzen der israelischen Gesellschaft“ stammen. „Darunter fallen viele Offiziere und Reserveoffiziere, die für wertvolle Dienste ausgezeichnet wurden...“

Daß die israelische Polizei damit nicht im geringsten ihren Charakter als Vollstreckungsorgan der zionistischen Politik gegen die Palästinenser gewandelt hat, machte zur gleichen Zeit ein anderer Fall deutlich. Nachdem vier Palästinenser einen Bus mit israelischen Siedlern entführt hatten, erschoss die israelische Polizei zwei von ihnen und teilte mit, zwei weitere seien verletzt abtransportiert worden. Nachdem bekannt wurde, daß alle vier Palästinenser tot seien, konnte über Pressefotos nachgewiesen werden, daß zwei Palästinenser den Überfall der israelischen Polizei überlebt hatten, einer sogar unverletzt, so daß man von Lynchjustiz in den beiden Fällen ausgehen kann.

Hafenarbeiterstreik in Japan

Am 24. 4. begannen 60 000 Hafenarbeiter mit einem Streik in zehn großen Häfen. Sie fordern die Erhöhung des Mindestlohnes und kürzere Arbeitszeit. Die Streikposten haben die Frachtverladung unter anderem in Tokio, Yokohama, Osaka und Kobe unterbunden. Den Streik organisiert der Bund der Hafenarbeitergewerkschaften. Ihr Ziel ist eine Lohnanhebung in der Höhe der zweifachen Inflationsrate von 2,9 Prozent.

Wieder Todesurteile in der Türkei

In Adana in der Südtürkei sind in der vergangenen Woche wieder Terrorurteile gegen Aktivisten der Kurdischen Arbeiterpartei verhängt worden. Das Militärgericht verurteilte zwei Mann zum Tode, 20 Angeklagte zu lebenslanger Haft, weitere zwölf wurden zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und 24 Jahren verurteilt. Die Anklage hatte auf den „Versuch auf einem Teil des türkischen Staatsgebietes einen marxistisch-leninistischen Staat zu gründen“, sowie auf dreifachen Mord und bewaffneten Raubüberfall gelaute. Wie in vielen anderen ähnlichen Verfahren waren die Angeklagten völlig rechtlos, die Urteile der faschistischen Militärjustiz stehen praktisch immer schon bei der Anklageerhebung fest.

CDU — Auftaktveranstaltung zu den Europawahlen am 5. Mai '84 in Aachen

„Deutschland — Vaterland — Europa“?

Mit diesen Worten forderte Helmut Kohl auf, am 17. Juni CDU zu wählen.

Aus Anlaß des Bundesmitelstandstages, der am 4./5. Mai im Eurogress stattfand, legte die CDU ihre Auftaktveranstaltung für den Europawahlkampf ins „europäisch-geschichtsträchtige“ Aachen. Die Stadt, die alljährlich am Himmelfahrtstag den Karlspreis an besonders reaktionäre „Europapolitiker“ verleiht (im letzten Jahr war es König Juan Carlos von Spanien, in diesem Jahr Carl Carstens), bot sich dafür gerade an, zumal die CDU hier über satte Mehrheiten verfügt.

Davon war allerdings Samstagmittag um fünf Uhr, als Kohl auf dem Markt vor dem Rathaus zu den Mittelständlern und der Aachener Bevölkerung sprechen wollte, nicht viel zu sehen. Der Markt war voll — nämlich voller Leute, die ihren Ärger und ihren Protest über Kohl, die Politik der Wenderegierung zum Ausdruck bringen wollten. Unübersehbar die Transparente der IG Metall mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche, jede Menge Schilder, auf denen stand, was uns die CDU-Politik bringt, Transparente mit Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit, Schilder, die auf den geplante Amnestie eingingen, Schilder der Volksfront, auf denen stand „BRD raus aus NATO und EG“, Schilder und Transparente zum Umweltschutz und zum Baumbsterben, und über den ganzen Platz schwebten dann noch die roten Luftballons der IGM zur 35-Stunden-Woche und als Gipfel des ganzen eine riesige Birne aus Pappmaché.

Pünktlich um fünf erschien dann Helmut Kohl, und nun konnte man anhand des Beifalls und der Pfiffe ganz genau erkennen, daß über die Hälfte der Anwesenden Gegner Kohls und seiner Politik waren.

Da eine sehr starke Lautsprecheranlage installiert war, konnte man trotz ununterbrochenen Pfeifens und Parolenrufens Kohls Rede recht deutlich verstehen. Zu Beginn nahm er das Pfeifkonzert noch sehr gelassen hin und meinte, das würde eben zeigen, daß wir in einer freiheitlichen Demokratie leben würden, daß sogar Leute gegen ihren Bundeskanzler demonstrieren könnten. Mit der Zeit steigerte er sich aber zu Ausfällen, die eines F. J. Strauß würdig waren: er sprach von organisiertem Pöbel, marxistisch versuchten Sozialisten, machte Vergleiche mit den Nazis. Wörtlich: „Zwischen der Barbarei der Nazis und dem Terror dieses Straßenpöbels gibt es keinen,

Unterschied.“

Der Inhalt der gesamten Rede war derartig übel und reaktionär, daß man kaum alles beschreiben kann. Man muß sich wirklich genau anhören, was diese Typen sagen, dann weiß man, woran man ist.

Er sprach über das wiedervereinigte Deutschland in einem vereinten Europa, über den Dienst der jungen Männer für das Vaterland, daß wir uns gegen den Osten verteidigen müssen.

Dann über die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und daß es den Frauen wieder erleichtert werden müsse, sich für Familie und Kinder zu entscheiden.

Zwischendurch forderte er immer wieder zu mehr Patriotismus auf. Und über die Heimat sprach er, ein Wort, so Kohl wörtlich, daß es in keiner anderen Sprache gibt, daß unübersetzbar sei. (Also nur die Deutschen haben eine Heimat und Anspruch darauf, die anderen nicht.)

Er warnte eindringlich vor der Einführung der 35-Stunden-Woche, weil dies das zarte Pflänzchen des Aufschwungs zerstören würde, der allerdings schon da sei. Und es sei kein Wunder, daß er nach 13 Jahren „sozialistischer Herrschaft“ (wörtlich) noch nicht stärker sei. Deutschland hätte zwar außer Kohle keine Rohstoffe, aber dafür hätten wir Fleiß, Redlichkeit, Erfindungsgeist usw. und daher brauchten wir auch keine Angst zu haben, daß die Japaner uns auf dem Exportmarkt verdrängen.

Natürlich wurde auch dem Mittelstand in wohlgesetzten Worten um den Bart gegangen. Leistung müsse sich wieder lohnen und dürfe nicht bestraft werden. Die Menschen müßten ermutigt und gefördert werden, sich selbständig zu machen. (Jedem Arbeitslosen seine eigene Pommestube oder was?)

Geschlossen hat er dann mit den Worten „Deutschland — Vaterland — Europa, darum am 17. Juni CDU“. Als Krönung des Ganzen sollte dann das Deutschlandlied gesungen werden. Davon war dann allerdings trotz starker Lautsprecheranlage weder Musik noch Gesang zu hören, da ununterbrochen und laut gepfiffen, Buh und Pfui gerufen wurde. Die anwesenden CDUler kamen auch nicht zum Mitsingen, weil sie damit beschäftigt waren, die Buh-Rufer zu beschimpfen, was den Lärm nur noch steigerte.

Insgesamt gesehen war also diese Veranstaltung der CDU in einer ihrer Hochburgen ein Riesenreinfall!

WIR HABEN EUCH ALLES GEKÜRZT-
DAS KINDERGELD, DAS WOHNUNGSGELD,
DAS MUTTERSCHAFTSGELD, DAS
ARBEITSLÖSENGELD,
DIE RENTEN...



Zeichnung: Claus Voß

...UND
JETZT
AUCH NOCH
DIE ARBEITS-
ZEIT?

Arbeitstreffen zum Kampf für das kommunale Wahlrecht für Ausländer

Am Sonntag, 27. Mai, führt die Volksfront NRW in Dortmund ein Arbeitstreffen durch, auf dem über das weitere Vorgehen im Kampf um die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ in NRW gesprochen werden soll. Es kommen Erfahrungen aus verschiedenen Städten zur Sprache. Es wird über den Stand der Unterschriften-sammlungen berichtet, über die Vorhaben des Verbandes der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA), dessen Sammelaktion die Volksfront unterstützt, berichtet usw. Es gilt die Aktivitäten bis zur Kommunalwahl im September noch zu verbessern und zu verstärken.

Dieses Arbeitstreffen ist offen, jeder Interessierte kann daran teilnehmen — und sei auch auf diesem Wege ausdrücklich und herzlich eingeladen. Also: Kommt am 27. Mai um 12 Uhr in die Gaststätte **Goymark-Schänke** in der **Niederhofener Straße 88** in Dortmund-Hörde!

Wir lassen uns nicht spalten — gleiche Rechte für
Ausländer und Deutsche!

Marschierer gesucht!

Im Oktober wird marschiert — gegen die Pläne der Bundesregierung zur weiteren reaktionären Verschärfung der Ausländergesetzgebung, für die Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern.

Beginn des Marsches: In der ersten Oktoberwoche, frühestens am 29. September, Ende des Marsches: 13. oder 14. Oktober in Köln. Marschiert wird in zwei Zügen von Norden und Süden über Bonn nach Köln. Startpunkt der Marschsäule ist vermutlich Hamburg, die Säule geht wahrscheinlich von Regensburg aus.

Die letzten Details der grundsätzlichen Planung werden zur Zeit noch auf Regionalkonferenzen und dann am 2./3. Juni

in Frankfurt abgestimmt. — Wir werden im RM weiter darüber berichten.

Jetzt geht es schon darum, zu sagen: Wer macht mit bei der Kerntruppe der Marschsäulen, die aus 30 bis 50 Leuten pro Zug bestehen soll — Leuten, die von Anfang an mitmarschieren.

Die KPD unterstützt den Marsch und trägt die laufenden Vorbereitungen aktiv mit. Es gibt auch bereits Genossen, die sich zum Mitmarschieren gemeldet haben — es sollten aber noch mehr werden.

Deshalb unser Aufruf an alle Genossen — und darüber hinaus an alle Leser unserer Zeitung —: Prüft, ob ihr die Möglich-

keit habt, mitzumarschieren. Wenn ja — meldet euch bitte so schnell wie möglich im zentralen Büro der KPD in Dortmund (Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691), damit wir auf dem Frankfurter Treffen bereits mit genaueren Angaben aufwarten können!

Gesucht werden auch noch Genossen, die sich an der medizinischen Betreuung der Marschierer beteiligen können.

Der Anlaß ist ernst, die Sache ist wichtig — deshalb nehmt bitte auch diesen Aufruf ernst und meldet euch bald. Wir zählen auf euch!

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 68, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.